Demokratie leben Schenefeld

SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE DER PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE SCHENEFELD IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

ALBRECHT LÜTER

BERLIN 2026

CAMINO

Im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Schenefeld

Demokratie leben Schenefeld

LDZ.SH Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein

LPR

Gefördert vom

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG, PRAXISBEGLEITUNG UND FORSCHUNG IM SOZIALEN BEREICH GGMBH

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

INHALTSVERZEICHNIS

1 EINLEITUNG 4

2 METHODISCHES VORGEHEN 5
2.1 Auftaktgespräch und Arbeitsbesprechungen 5
2.2 Daten- und Dokumentenanalyse 5
2.3 Fokusgruppendiskussionen 6
2.4 Themenzentrierte Interviews 6
2.5 Werkstattgespräch 6
2.6 Danksagung 7

3 SITUATIONSANALYSE I: RAUMKONTEXT 8
3.1 Die Partnerschaft der Demokratie der Stadt Schenefeld 8
3.2 Einwohnerzahl und Demografie 9
3.3 Politisches Klima: Wahlverhalten 13
3.4 Politisch motivierte Kriminalität und rechte Übergriffe 15

4 SITUATIONSANALYSE II: PROBLEMLAGEN UND HERAUSFORDERUNGEN 18
4.1 Demokratieskepsis und Demokratiedistanz 18
4.2 Jugendbeteiligung und Jugendaktivierung 21
4.3 Vielfalt, Integration und interkulturelle Öffnung 24

5 RESSOURCEN UND POTENZIALE DER STADT SCHENEFELD 29
5.1 Sensibilisierte und handlungsfähige Kommunalpolitik 29
5.2 Engagierte Vereins- und Akteurslandschaft 29
5.3 Lebendige Angebote der klassischen Zivilgesellschaft 30
5.4 Kommunale Beteiligungsformate 31
5.5 Sozialberufliche Fachlichkeit in Jugendarbeit und Schule 32
5.6 Benachbarte PfD und überregionale Unterstützungsstrukturen 33
5.7 Externe Beratung der PfD 33

6 HANDLUNGSBEDARFE UND EMPFEHLUNGEN 35
6.1 Beteiligung fördern – Demokratie erfahrbar und attraktiv gestalten 35
6.2 Erhöhung von Sichtbarkeit und Reichweite der Demokratiearbeit in Schenefeld 36
6.3 Auseinandersetzung mit Diversität und Vielfaltsgestaltung 37
6.4 Fachlichkeit entwickeln – Erinnerungskultur pflegen 39
6.5 Auseinandersetzung mit Schutzkonzepten und Handlungssicherheit bei demokratiefeindlichen Vorfällen 41
6.6 Festigung der intersektoralen Kooperation und zivilgesellschaftlicher Netzwerke 41

7 LITERATURVERZEICHNIS 43

1 EINLEITUNG

Mit den Partnerschaften für Demokratie (PfD) erhalten Städte, Gemeinden und Landkreise durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung integrierter kommunaler Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt sowie zur Stärkung der Extremismusprävention vor Ort. Partizipativ und gemeinwesenorientiert entwickeln Beteiligte aus der kommunalen Verwaltung, der Kommunalpolitik sowie der engagierten Zivilgesellschaft Lösungsstrategien für lokale Herausforderungen und Problemlagen und stärken damit die demokratische Zivilgesellschaft vor Ort.

Für die dritte Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben“ sind die Partnerschaften für Demokratie aufgefordert, eine Situations- und Ressourcenanalyse zu erstellen. Die Partnerschaft für Demokratie der Stadt Schenefeld im schleswig-holsteinischen Landkreis Pinneberg hat Camino Anfang 2026 beauftragt, diese umzusetzen.

Die Analyse hat das Ziel, die lokalen Problemlagen im Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen) zu identifizieren sowie vorhandene Ressourcen und Bedarfe darzulegen. Mit der Situations- und Ressourcenanalyse wird eine Grundlage für die weitere bedarfsorientierte strategische Zielentwicklung und das Handlungskonzept der Partnerschaft für Demokratie geschaffen. Die Analyse ist multiperspektivisch angelegt und basiert auf der Annahme, dass die unterschiedlichen Akteur*innen vor Ort Expert*innen für die Problemlagen sind, die sich in der Stadt Schenefeld zeigen. Ihre Einbindung fördert die lokale Reflexion über Problemlagen, Ressourcen und Bedarfe, die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit sowie eine koordinierte und vernetzte Maßnahmenplanung im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie. Grundlage der vorliegenden Analyse sind deswegen Fachexpertise und Einschätzungen von Fachkräften und Expert*innen der Stadt Schenefeld sowie weiterer Expert*innen aus der Region. Verschiedene Professionen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern wurden ebenso berücksichtigt wie ehrenamtlich engagierte Personen, die sich in Netzwerken, Initiativen oder Vereinen für ein demokratisches Zusammenleben vor Ort einsetzen.

Zunächst erfolgt eine kurze Skizzierung des methodischen Vorgehens der Situations- und Ressourcenanalyse sowie des gesellschaftlichen und lokalen Kontextes. Daran anschließend stellt der Bericht die Herausforderungen und Problemlagen in Schenefeld vor und beleuchtet in diesem Zuge insbesondere die Themenfelder Demokratieskepsis und Demokratiedistanz, Jugendbeteiligung und Jugendaktivierung sowie Vielfaltsgestaltung. Anschließend werden die in der Stadt Schenefeld vorhandenen Ressourcen dargelegt, die bereits jetzt zur Verfügung stehen, um die aktuellen Problemlagen zu bearbeiten. Abschließend werden Handlungsbedarfe und einige strategisch ausgerichtete Handlungsempfehlungen skizziert.

2 METHODISCHES VORGEHEN

Für die Situations- und Ressourcenanalyse der PfD Schenefeld ist ein multimethodisches und mehrperspektivisches Design gewählt worden, bestehend aus einer Dokumentenanalyse, drei Fokusgruppendiskussionen, vier qualitativen leitfadengestützten Interviews sowie einem Werkstattgespräch im Rahmen einer Demokratiekonferenz. Die einzelnen Schritte im Umsetzungsprozess der Situations- und Ressourcenanalyse erfolgten in enger Abstimmung mit dem federführenden Amt sowie der Koordinierungs- und Fachstelle der PfD Schenefeld. Dazu sind separat mehrere Abstimmungsgespräche geführt worden.

2.1 AUFTAKTGESPRÄCH UND ARBEITSBESPRECHUNGEN

Die Erstellung der Situations- und Ressourcenanalyse wurde im Rahmen eines Auftaktgesprächs am 27. Januar 2026 eröffnet. Teilgenommen haben das federführende Amt der Stadt Schenefeld, vertreten durch die Bürgermeisterin, die bei dem kommunalen Jugend- und Kulturzentrum (JUKS) angesiedelte Koordinierungs- und Fachstelle der PfD und ein Sprecher des Schenefelder Bündnisses für Demokratie. Bei diesem Gespräch sind ausgehend von Einschätzungen der aktuellen Problemlagen prioritäre Themenfelder für die Situations- und Ressourcenanalyse identifiziert worden, die auch weitergehend durch die PfD bearbeitet werden sollen. Dabei handelt es sich um die Handlungsfelder

- Demokratieskepsis und Demokratiedistanz
- Jugendbeteiligung und Jugendaktivierung
- Vielfalt, Integration und interkulturelle Öffnung

Weitere Arbeitsbesprechungen dienten im Verlauf der Analyse einerseits der Abstimmung der Erhebungsschritte, andererseits der Besprechung von Hintergrundinformationen.

2.2 DATEN- UND DOKUMENTENANALYSE

Die Partnerschaft für Demokratie Schenefeld befindet sich am Beginn ihrer ersten Förderperiode. PfD-spezifische Dokumente stehen daher als Grundlage der Situations- und Ressourcenanalyse nur eingeschränkt zur Verfügung. Die Auswertung des Zuwendungsantrags für „Demokratie leben!“ stellte insofern einen Ausgangspunkt dar, der im Rahmen des Auftaktgesprächs angereichert und kontextualisiert wurde. Auch insgesamt ist die Quellenlage im Handlungsfeld für Schenefeld übersichtlich. Einige systematischer angelegte Quellen wurden allerdings im Verlauf der Situations- und Ressourcenanalyse veröffentlicht. Dazu gehört die Entwurfsfassung des Integrierten Städtischen Entwicklungskonzept 2024 (ISEK) für Schenefeld (Stadt Schenefeld 2026; Stadt Schenefeld/BPW Stadtplanung 2026), die auch Ergebnisse einer Haushaltsbefragung umfasst (Stadt Schenefeld/ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH 2026). Zudem wurde – allerdings nicht exklusiv für Schenefeld – Ende April die Fortschreibung der Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein auf Grundlage einer Schülerinnen- und Schülerbefragung vorgelegt (Schröder 2026a, 2026b).

Angesichts der Quellen- und Studienlagen wurden umfassende OSINT-Recherchen (Auswertung öffentlich zugänglicher Informationen) vorgenommen, in denen die städtischen Onlineauftritte sowie die Webseiten einschlägiger Einrichtungen gesichtet wurden – insbesondere der Mitglieder des Bündnisses für Demokratie in Schenefeld. Zudem wurden verschiedene Onlinequellen im Blick auf ortsspezifische Daten und Statistiken ausgewertet, etwa der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Stiftung o.J.), das Portal fokus-pi der Integrierten Sozialplanung Pinneberg (Landkreis Pinneberg o.J.b) und das digitale Angebot des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord o.J.). Bezogen auf rechtsextreme Vorfälle sind die Berichte des Verfassungsschutzes Schleswig-Holstein sowie der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (ZEBRA)

(ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe o.J.) berücksichtigt worden. Für die Darstellung des Wahlverhaltens in Schenefeld sind nach Sichtung unterschiedlicher Quellen schließlich die auf der Webseite der Stadt Schenefeld bereitgestellten Daten herangezogen worden (https://www.stadt-schenefeld.de/politik/wahlen/). Fortlaufende Recherchen auch in regionalen Medien rundeten die Daten- und Dokumentenanalyse ab und dienten der Kontextualisierung der in den qualitativen Erhebungsschritten gewonnenen Erkenntnisse.

2.3 FOKUSGRUPPENDISKUSSIONEN

Drei am 13. und 14. März 2026 durchgeführte Fokusgruppen widmeten sich inhaltlich jeweils einem der oben genannten Themenschwerpunkte. Sie wurden leitfadengestützt anhand einer einheitlichen Systematik umgesetzt, die eine allgemeine Beschreibung der Region, eine Analyse der Problemlagen und Herausforderungen, ihrer Ressourcen und Potenziale sowie abschließend der Handlungsbedarfe umfasste. Insgesamt beteiligten sich etwa 35 Fachakteur*innen aus unterschiedlichen Professionen und Arbeitsfeldern an den zweistündigen Diskussionen. Die Einladung und Rekrutierung der Teilnehmenden lagen weitgehend in der Verantwortung der PfD. Die Teilnehmenden deckten ein breites Spektrum an Akteuren der Stadtgesellschaft ab. Beteiligt waren Personen aus der Kommunalpolitik und Stadtverwaltung, aus der gemeinwesenorientierten Demokratie- und Rechtsextremismusarbeit, aus zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen sowie aus Sport, Schule und Jugendarbeit. Auch Kirchenvertreter*innen, Wirtschaftsvertreter*innen, engagierte Bürger*innen sowie Jugendliche nahmen teil.

Die Fokusgruppen dienten dazu, eine Vielfalt unterschiedlicher Perspektiven auf die Situation in der Stadt Schenefeld einzubeziehen und gemeinsame Schnittmengen und Bewertungen zu identifizieren. Die Fokusgruppen wurden leitfadengestützt umgesetzt, digital aufgezeichnet, transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet – dabei kam neben der Analysesoftware MAXQDA insbesondere in der Explorationsphase zur Vorbereitung des Werkstattgesprächs die Analysesoftware QInsights zum Einsatz.

Zitate aus den drei Fokusgruppen werden jeweils ohne personenbezogene Angaben zu den individuellen Sprechenden als FG1, FG2 und FG 3 nachgewiesen.

2.4 THEMENZENTRIERTE INTERVIEWS

Im Anschluss an die Fokusgruppen sind bis Mai 2026 vier themenzentrierte Interviews mit fünf Personen aus der Stadt Schenefeld sowie aus überregionalen Kontexten geführt worden. Diese Interviews dienten dazu, Fragestellungen zu vertiefen und bis dahin bestehende Lücken aus den Fokusgruppen zu schließen. Zwei Interviewpartner kamen aus der Beratungs- und Präventionsarbeit im Handlungsfeld Demokratieförderung und (Rechts-)Extremismusprävention und verfügten gleichermaßen über regionale Kenntnisse wie auch über eine übergreifende fachliche Expertise. Ein weiterer Interviewpartner stammte aus der Schenefelder Kommunalpolitik, ein Interview wurde mit zwei Personen aus dem Bildungsbereich in Schenefeld durchgeführt.

Zitate aus den fünf Interviews werden jeweils ohne personenbezogene Angaben zu den individuellen Sprechenden als I1, I2, I3 und I4 nachgewiesen.

2.5 WERKSTATTGESPRÄCH

Im Rahmen der Demokratiekonferenz fand am 25. April 2026 ein Werkstattgespräch statt, welches mit einem Grußwort durch die Bürgermeisterin der Stadt Schenefeld eröffnet wurde. Insgesamt beteiligten sich ca. 30 Personen, die zum Teil bereits an den Fokusgruppen teilgenommen hatten, zum Teil aber auch neu in den Prozess eingetreten waren.

Das Werkstattgespräch zielte darauf, die bisher aufbereiteten Ergebnisse zu diskutieren, zu ergänzen und zu validieren. Hierzu sind zentrale Ergebnisse aus den bisherigen Erhebungsschritten der Situations- und Ressourcenanalyse im Rahmen einer Präsentation durch Camino vorgestellt worden. Anschließend sind diese Inhalte in Anlehnung an die Methode World Café und entlang der Fragen nach (1) Herausforderungen und Problemlagen, (2) Ressourcen und bestehenden Ansätzen sowie (3) Handlungsbedarfen diskutiert und ergänzt worden. Hierzu wurden die Teilnehmer*innen auf drei Gruppen verteilt, die sich jeweils 30 Minuten mit den drei Themenfeldern befassten. Es wurden drei Durchgänge umgesetzt, sodass alle Beteiligten die Möglichkeit zur Befassung mit allen Themenfeldern hatten. Ergänzend wurden als offenes Format ein Gallery Walk sowie eine Abschlussdiskussion durchgeführt, was Gelegenheit zu Ergänzungen und Kommentaren eröffnete. Ergebnisse der Gruppenarbeit wurden auf Pinnwänden protokolliert und für die weitere Analyse fotografisch dokumentiert.

Das Werkstattgespräch wurde nicht aufgezeichnet und transkribiert. Bezüge auf Aussagen aus der Pinwand-Dokumentation oder Protokollierung werden jeweils ohne personenbezogene Angaben zu den individuellen Sprechenden als WG nachgewiesen.

2.6 DANKSAGUNG

Die Erstellung der Situations- und Ressourcenanalyse wäre ohne die in höchstem Maße dankenswerte, ebenso freundliche wie professionelle Begleitung durch die verantwortlichen Personen der Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Schenefeld nicht möglich gewesen. Sie haben mitten im Prozess des Aufbaus einer neuen PfD aufschlussreiche Einblicke in die Stadt und ihre Aktivitäten gewährt. Zudem haben sie ihre weit gespannten Netzwerke geöffnet und Kontakte vermittelt, die unverzichtbare Perspektiven beigesteuert haben. Den Teilnehmenden der Fokusgruppen und des Werkstattgesprächs sowie den Menschen, die sich Zeit für ein vertiefendes Interview genommen haben, sei daher für ihr Engagement und ihr Vertrauen sehr herzlich gedankt.

3 SITUATIONSANALYSE I: RAUMKONTEXT

3.1 DIE PARTNERSCHAFT DER DEMOKRATIE DER STADT SCHENEFELD

Die Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Schenefeld befindet sich derzeit in der Aufbauphase. Sie ist 2025 neu in die Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgenommen worden und stellt vor Ort insofern eine Innovation im Blick auf die Weiterentwicklung der Demokratiearbeit dar. Zugleich bietet die Stadt Schenefeld in verschiedenen Hinsichten einen begünstigenden und ermöglichenden Kontext für dieses Vorhaben.

Ein wichtiger Meilenstein im Vorfeld des Aufbaus der PFD waren Diskussionen in der Stadtgesellschaft bis hinein in den Stadtrat, wie eine angemessene Antwort auf die 2024 veröffentlichte Recherche des Correctiv-Medienhauses zum sogenannten Geheimtreffen in Potsdam im November 2023 aussehen könnte. Bundesweite Empörung entzündete sich seinerzeit an Berichten über einen in Potsdam diskutierten „Masterplan“ zur massenhaften Ausweisung von Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland, einschließlich deutscher Staatsbürger*innen. In Schenefeld wurde in diesem Kontext ein einvernehmlicher Ratsbeschluss mit dem Titel „Wir l(i)eben Demokratie, Toleranz und Solidarität“ verabschiedet, der sich gegen Rassismus, Antisemitismus und jede andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richtete. Zugleich wurde mit dem Ratsbeschluss auch das Schenefelder Bündnis für Demokratie gegründet. Ihm haben sich alle im Stadtrat vertretenen Parteien und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen angeschlossen. Anstelle von Demonstrationen, die vielerorts insbesondere in großstädtischen Räumen veranstaltet wurden, wurde im Rahmen des Bündnisses zudem das Schenefelder Fest der Demokratie entwickelt. Dieses Fest wird seit 2024 jeweils am 8. Mai ausgerichtet und erinnert mit einem bunten Rahmenprogramm an die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus.

Bereits vor dem Aufbau der Partnerschaft Demokratie verfügte Schenefeld damit über ein Bündnisnetzwerk für Demokratie und mit dem Fest für Demokratie über ein etabliertes Format, um Sichtbarkeit und Reichweite für die Anliegen der Demokratieförderung zu generieren. Bemerkenswert ist bezogen auf die Unterstützung der Partnerschaft für Demokratie zudem die hohe, einvernehmliche und parteiübergreifende Unterstützung, die die PfD in der Stadt genießt. Der einschlägige Ratsbeschluss wurde einstimmig verabschiedet. Hervorzuheben sind zudem die breite Unterstützung und Aufstellung auch des Bündnisses für Demokratie in der Stadt. Bereits vor der Beantragung der Partnerschaft für Demokratie und insofern unabhängig von Fördervorgaben spannt sich um die Demokratiearbeit ein vielgestaltiges Netzwerk von Unterstützenden.

Dieses Netzwerk beschränkt sich nicht auf Akteure aus dem sozialen oder pädagogischen Bereich, sondern umfasst zentrale Einrichtungen aus der Mitte der Schenefelder Stadtgesellschaft: Sportvereine, Kirchen, eine Forschungseinrichtung, Kulturinstitutionen und anderes mehr. Die Ausgangslage für die Partnerschaft für Demokratie ist also einerseits durch die besagte breite Unterstützung gekennzeichnet. Ungeachtet der Vorarbeiten der letzten Jahre markiert die Partnerschaft andererseits dennoch einen gewissen Neubeginn. Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention sind in Schenefeld fachlich bisher noch nicht umfassend etabliert, die Landschaft an ausgewiesenen Trägern oder etablierten Projekten ist daher vergleichsweise übersichtlich.

Laut bundesweiter wissenschaftlicher Begleitung haben „*Partnerschaften für Demokratie vor dem Hintergrund der Krisen der vergangenen Jahre vor allem die Weiterentwicklung der kommunalen Demokratie und weniger einen stress- bzw. störungszentrierten Ansatz priorisiert*“ (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. 2025, S. 116). „*Zwischen den Polen der „Aneignung von Demokratie“ und der „Abwehr demokratiegefährdender Phänomene“* (ebd.) schlägt das Pendel trotz des Erstarkens insbesondere der extremen Rechten bundesweit oftmals in die erstgenannte Richtung. Die strategischen Weichenstellungen der PfD Schenefeld

markieren hier keine völlige Ausnahme, auch sie gewichten positive Entwicklungsziele hoch. Zugleich projektieren die Schlüsseldokumente aus der Zeit vor Einrichtung der PfD aber keineswegs die Vermeidung einer *„Stress- und Störungszentrierung“* (ebd.) in der Kommune. Der genannte Ratsbeschluss hört auf den Namen *„Resolution gegen Rechtsextremismus“* und lässt sich damit in sehr robustem und streitbarem Sinn auf eine Verteidigung der Demokratie *„gegen ihre Feinde“* und auf ein „*Engagement gegen politischen Extremismus und neonazistische Netzwerke“* verpflichten (Stadt Schenefeld 2024). Mit dieser doppelseitigen programmatischen Ausrichtung formuliert der Ratsbeschluss gleichsam eine Präambel für die PfD. Er etabliert damit zugleich einen Bewertungsmaßstab für deren weitere Entwicklung.

Die Koordinierung der PfD ist in Schenefeld an das Jugend- und Kulturzentrum Schenefeld (JUKS) angebunden, das bereits 1982 eröffnet wurde und sich laut seiner 1996 überarbeiteten Konzeption als „Zentrum generationsübergreifender Gemeinwesenarbeit“ versteht. Neben dem belastbaren kommunalpolitischen Konsens und weitgespannten Unterstützernetzwerk kann die PfD damit auf einen etablierten Träger bauen, der zudem über geeignete Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Treffen verfügt. Besonders hervorzuheben ist nicht zuletzt die starke Unterstützung, die die PfD von der seit 2005 amtierenden Schenefelder Bürgermeisterin genießt. Die Bürgermeisterin zählte bereits zu den tragenden Kräften bei der Herbeiführung des einvernehmlichen Ratsbeschlusses für ein buntes, vielfältiges und weltoffenes Schenefeld. Sie setzt sich auch weitergehend anhaltend und mit großer Verlässlichkeit für Anliegen und Arbeit der Partnerschaft für Demokratie vor Ort ein. Damit kann die PfD von einer doppelten Verankerung profitieren: sowohl in der Breite der Stadtgesellschaft als auch in der politischen und administrativen Spitze.

Angesichts der förderlichen Rahmenbedingungen, die einen flüssigen Start der PfD ermöglicht haben, lassen sich hinsichtlich der themenspezifischen Expertise und Vorerfahrung oder Abbildung der Vielfalt im Netzwerk der PfD sicherlich auch offene Entwicklungsbedarfe ausmachen. Daher ist positiv hervorzuheben, dass sich die Stadt bei der Vorbereitung und Etablierung der PfD nicht gescheut hat, Begleitung durch einen in dem Themenfeld und der praktischen Arbeit von Partnerschaften für Demokratie langjährig erfahrenen Coach, Supervisor und Berater in Anspruch zu nehmen. Damit ist ein erster Mechanismus implementiert, um einen Transfer themenfeldspezifischer Expertise in die Stadt zu befördern.

3.2 EINWOHNERZAHL UND DEMOGRAFIE

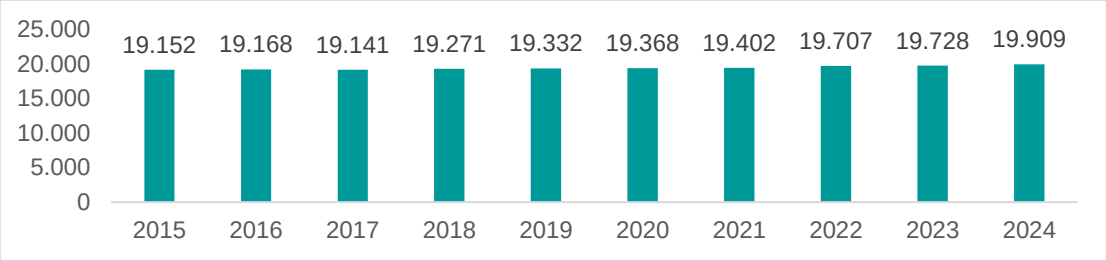
Die Stadt Schenefeld liegt im Landkreis Pinneberg in Schleswig-Holstein und ist zugleich eng mit der Hansestadt Hamburg verflochten, an die sie direkt angrenzt. Die Siedlungsgrenzen zu Hamburg verlaufen fließend und bilden einen weichen Übergang.[1] So ist Schenefeld beispielsweise engmaschig in das ÖPNV-Netz der Hansestadt Hamburg eingebunden und hat die gleiche telefonische Vorwahlnummer. Schenefeld bildet damit einen Zwischenraum zwischen einem umfangreichen Metropolengebiet und einer ländlichen Region, zwischen Großstadt und ländlichen, naturnahen Gebieten. Nach innen ist die Stadt Schenefeld zugleich in zwei unterschiedliche Gebiete gegliedert, die durch eine große Durchgangsstraße, die Altonaer Chaussee, voneinander abgegrenzt werden. Das von Einfamilienhäusern und Gärten geprägte sogenannte „Siedlungsgebiet“ findet sich auf der einen Seite, auf der anderen Seite der historische Ortskern.

Das Leben in Schenefeld wird durch die Lage zwischen Natur und Großstadt geprägt. Zugleich ist Schenefeld aber selbstverständlich auch eine eigenständige Kommune. Als Kleinstadt liegt die Stadt knapp unterhalb der Grenze von 20.000 Einwohnenden, befindet sich aber auf einem zwar moderaten, aber zugleich stetigen Wachstumskurs. Mit 19.909 Einwohnenden ist die

[1] Die fließenden Grenzen zum Metropolenraum Hamburg sind nicht zuletzt bei der Interpretation sozialstatistischer Daten zu beachten. Vergleiche zum Landkreis oder zum Bundesland stehen unter dem Vorbehalt der hohen Relevanz der Stadt Hamburg für das Leben in Schenefeld etwa als Arbeitsmarkt für Schenefelder*innen.

Schwelle zur Mittelstadt im Jahr 2024 greifbar nahe. Schenefeld kann daher nach einer Typologisierung des durch die Bertelsmann Stiftung verantworteten Wegweiser Kommune als „moderat wachsende Stadt mit regionaler Bedeutung“ (Demografietyp 5) gefasst werden.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung Stadt Schenefeld

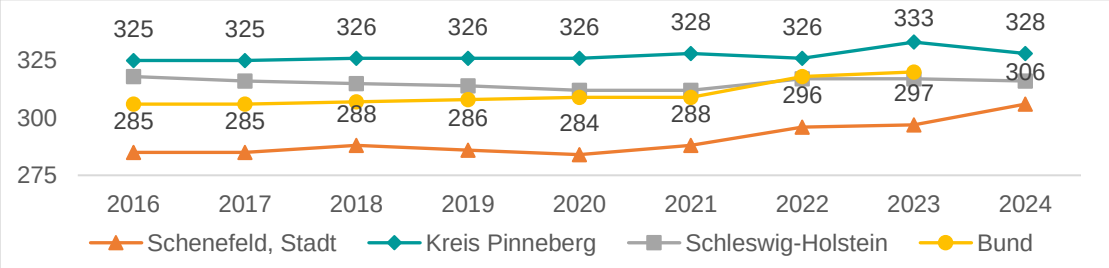


Datenquelle: Demografische Daten (Größe der Bevölkerung, Stadt Schenefeld) (Landkreis Pinneberg o.J.a).

Die demografische Altersstruktur der Stadt Schenefeld lässt sich im Zeitverlauf kompakt anhand zweier Indikatoren darstellen: des Jugend- und des Altenquotienten. Der Jugendquotient bezeichnet das Verhältnis von Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren zu 1.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahren), der Altenquotient das Verhältnis von älteren Personen (ab 65 Jahren) zu 1.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahren).

Hinsichtlich des Jugendquotienten zeigt sich im vergangenen Jahrzehnt seit 2016 in Schenefeld ein deutlich niedrigerer Wert im Vergleich sowohl zum Landkreis Pinneberg und zum Bundesland als auch zum Bundesgebiet insgesamt. Der Bevölkerungsanteil von Kindern und Jugendlichen ist also vergleichsweise niedrig. Bemerkenswert ist allerdings eine dynamische Veränderung seit Ende der COVID19-Pandemie im Jahr 2022. Von 288 im Jahr 2021 stieg der Jugendquotient 2022 auf 296 und liegt 2024 sogar bei 306. Weiterhin befindet sich der Jugendquotient damit unterhalb der genannten Vergleichsräume. Er zeigt aber einen deutlichen Anstiegstrend, der sich in den Vergleichsgebieten nicht ermitteln lässt. Zuletzt hat sich die Bevölkerungsstruktur von Schenefeld also in diesem Sinn verjüngt.

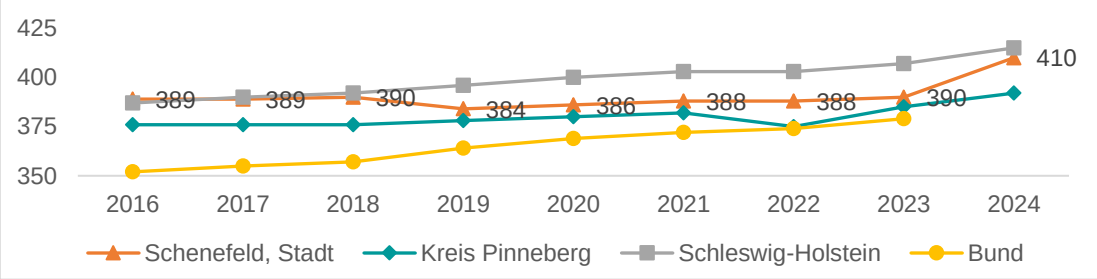
Abbildung 2: Jugendquotient (Stadt Schenefeld im Vergleich, 2016 bis 2024)



Datenquelle: Demografische Daten (Stadt Schenefeld: Jugendquotient: Verhältnis von Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren zu 1.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahren)) (Landkreis Pinneberg o.J.a).

Bezogen auf den Altenquotienten ist Schenefeld in das Mittelfeld der Vergleichsräume einzuordnen. Der entsprechende Wert liegt zwar oberhalb des Bundesgebietes und des Landkreises Pinneberg, aber unterhalb des Werts für Schleswig-Holstein insgesamt. Auch dieser Indikator zeigt aktuell allerdings Veränderungen: Nach weitgehender Konstanz im Zeitraum von 2016 bis 2023 wird im Jahr 2024 ein starker Anstieg von 390 auf 410 erkennbar.

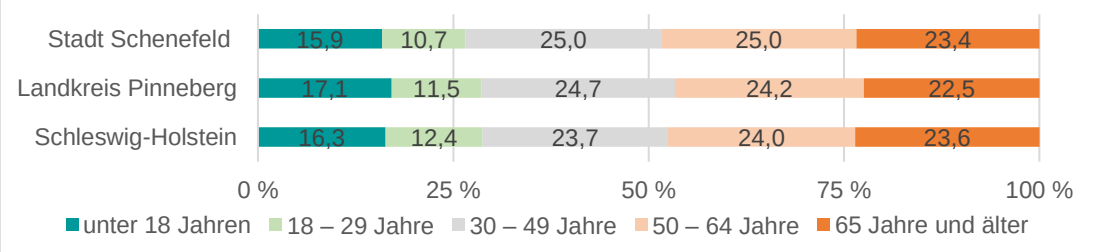
Abbildung 3: Altenquotient (Stadt Schenefeld im Vergleich, 2016 bis 2024)



Datenquelle: Demografische Daten (Stadt Schenefeld, Altenquotient; Verhältnis von älteren Personen (ab 65 Jahren) zu 1.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahren)), (Landkreis Pinneberg o.J.a).

Hinsichtlich ihrer Altersstruktur zeigt die Bevölkerung der Stadt Schenefeld keine massiven Unterschiede zur Lage im Landkreis oder im Land, aber dennoch einige Auffälligkeiten. Die jüngeren Altersgruppen sind in Schenefeld etwas geringer vertreten. Der Anteil der unter 30-Jährigen liegt in Schenefeld bei 26,6 %, im Landkreis bei 28,6 % und in Schleswig-Holstein bei 28,7 %. Etwas stärker als andernorts vertreten sind demgegenüber Altersgruppen, die in besonderem Maße im Arbeits- und Berufsleben stehen: 50 % der Schenefelder sind zwischen 30 und 64 Jahre alt, im Landkreis handelt es sich um 48,9 %, im Bundesland um 47,7 %. Menschen im Rentenalter sind anteilig ähnlich stark vertreten (23,4 %) wie im Landesdurchschnitt. Insgesamt zeigen sich damit bezogen auf demografische Altersstruktur keine bemerkenswerten Abweichungen. Das etwas verstärkte Aufkommen der mittleren Jahrgänge lässt sich als Hinweis auf die Rolle von Schenefeld als Wohnort für beruflich integrierte Bevölkerungsgruppen, möglicherweise auch die Anbindung als Pendlerort an den Metropolenraum Hamburg interpretieren. Die aktuellen Anstiege des Jugend- und des Altenquotienten weisen möglicherweise auf eine gewisse Abschwächung dieser Besonderheit hin.

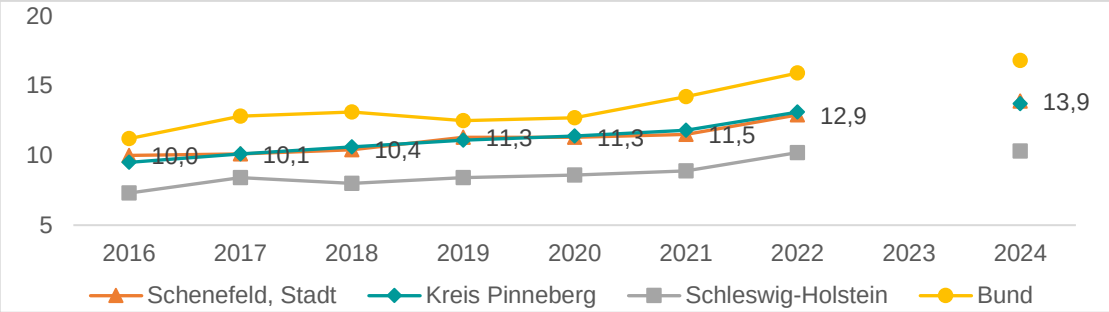
Abbildung 4: Bevölkerungsstruktur nach Alter (Fortschreibung des Zensus 2022, Stand Mitte 2022)



Datenquelle: Demografische Daten (https://tinyurl.com/5dp6hjjf) (Statistikamt Nord o.J.).

Anzeichen für einen moderaten demografischen Wandel zeigen sich in Schenefeld im Blick auf den Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung. Der Ausländeranteil, der hier stellvertretend und nur sehr näherungsweise für die Diversität und Vielfalt der Bevölkerung stehen soll, hat sich in den letzten Jahren etwas erhöht. Mit aktuell 13,9 % liegt dieser Wert im Jahr 2024 auf ähnlichem Niveau wie im Landkreis Pinneberg insgesamt (13,7 %), zugleich oberhalb des Niveaus von Schleswig-Holstein (10,3 %), aber deutlich unter dem Bundesniveau (16,8 %). Er befand sich im Jahr 2016 noch bei 10,6 %, hat sich dann im Jahr 2019 geringfügig auf 11,3 % erhöht. Im Jahr 2022 lassen sich erneut gewisse Anstiege auf 12,9 % verzeichnen, die schließlich auf den aktuellen Wert von 13,9 % im Jahr 2024 hinführen. Veränderungen in Richtung höhere Diversität sind keine Schenefelder Besonderheiten, sie zeigen sich vielmehr in allen Vergleichsräumen. Diese Heterogenisierung und Pluralisierung der Bevölkerung bringen offenbar vielfältige Anforderungen an die Gestaltung von Vielfalt in gesellschaftlichen Institutionen mit sich, in Verwaltungen, Bildungseinrichtungen, im Gesundheitswesen, im Sport und in vielen anderen Bereichen.

Abbildung 5: Ausländeranteil (Stadt Schenefeld im Vergleich, 2016 bis 2024)

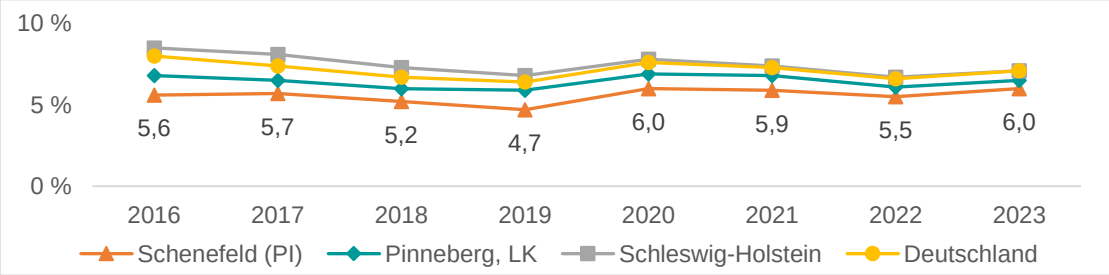


Datenquelle: Demografische Daten (Stadt Schenefeld, Anteil ausländische Personen) (Landkreis Pinneberg o.J.a).

Im Blick auf potenzielle Erklärungsfaktoren für die Demokratieorientierung der Bevölkerung werden neben demografischen Merkmalen von Räumen oft auch sozioökonomische Aspekte herangezogen. Schenefeld ist bezogen auf diese Rahmenbedingungen durch keine massiven Besonderheiten geprägt. Schenefeld ist im geografischen Raum jeweils nicht weit entfernt sowohl von Hamburg-Blankenese – dem bekannten Villenviertel an der Elbe – als auch von der Hochhaussiedlung Osdorfer Born, die jeweils Kontraste auf der sozialen Skala markieren. Schenefeld zählt zwar weder zu dem einen noch dem anderen Extrem, die sozioökonomische Lage der Bevölkerung ist allerdings insgesamt eindeutig als gut bis sehr gut zu bewerten.

Dieser Umstand bildet sich exemplarisch auch an der anhaltend unterdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in der Stadt ab. Der Anteil der Arbeitslosen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt in Schenefeld konstant deutlich unterhalb des Niveaus der Bezugsräume Landkreis Pinneberg, Schleswig-Holstein sowie des Bundesgebiets. Im Jahr 2023 befand sich die entsprechende Quote nämlich in Schenefeld bei 6,0 % gegenüber 6,5 % im Landkreis Pinneberg und 7,1 % jeweils in Schleswig-Holstein und im gesamten Bundesgebiet.

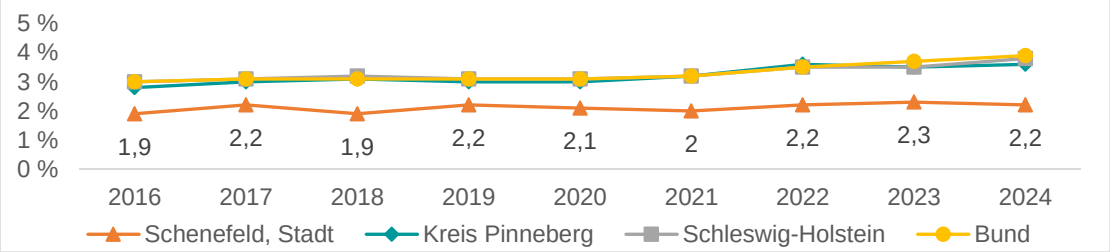
Abbildung 6: Anteil der Arbeitslosen an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (Stadt Schenefeld im Vergleich, 2016 bis 2024)



Datenquelle: Demografische Daten (Stadt Schenefeld, Anteil der Arbeitslosen an Gesamtzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter und Arbeitsloser) (Bertelsmann Stiftung o.J.).

Die vergleichsweise guten bis sehr guten sozioökonomischen Rahmenbedingungen in Schenefeld zeichnen sich ebenso hinsichtlich der Verbreitung von Altersarmut ab. Auch diesbezüglich stellt sich die Situation in der Stadt Schenefeld 2024 mit einem Anteil von 2,2 % der Personen ab 65 Jahren, die Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII erhalten, im Verhältnis günstig dar. Im Landkreis Pinneberg liegt der Vergleichswert bei 3,6 %, in Schleswig-Holstein bei 3,8 % und im Bund bei 3,9 %. Ältere Menschen sind also in Schenefeld in der Regel wirtschaftlich erheblich besser versorgt als in anderen Regionen.

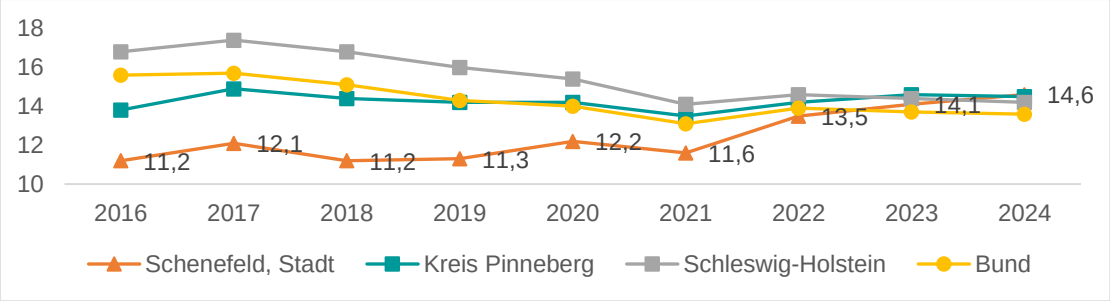
Abbildung 7: Altersarmut (Stadt Schenefeld im Vergleich, 2016 bis 2024)



Datenquelle: Demografische Daten (Stadt Schenefeld, Anteil Personen ab 65 Jahren mit Bezug von Grundsicherung im Alter im Verhältnis zu allen Personen ab 65 Jahren) (Landkreis Pinneberg o.J.a).

Deutlich differenzierter stellt sich die Lage allerdings im Blick auf Kinderarmut dar. Es wurde bereits dargelegt, dass sich der Jugendquotient in Schenefeld in den letzten Jahren positiv entwickelt hat. Das heißt, dass der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung gestiegen ist. Gleichfalls angestiegen ist seit dem Ende der Pandemie allerdings auch die Kinderarmut, also der Anteil von Kindern unter 15 Jahren, die Leistungen nach SGB II beziehen. Im Einklang mit den günstigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen in Schenefeld lag die Kinderarmutsquote seit 2016 bis 2021 durchgehend deutlich unter dem Niveau der Vergleichsräume: 2016 in Schenefeld bei 11,2 %, im Bundesgebiet bei 15,6 % und in Schleswig-Holstein sogar bei 16,8 %. In den letzten Jahren findet sich hier allerdings eine markante Veränderung: Schenefeld weist 2024 mit 14,6 % die höchste Kinderarmutsquote auf, gefolgt vom Kreis Pinneberg (14,5 %), dem Land Schleswig-Holstein (14,2 %) und dem Bundesgebiet (13,6 %). An dieser Stelle kann diesen auffälligen Veränderungen nicht umfassend nachgegangen werden.

Abbildung 8: Kinderarmut (Stadt Schenefeld im Vergleich, 2016 bis 2024)



Datenquelle: Demografische Daten (Stadt Schenefeld, Anteil Kinder unter 15 Jahren mit SGB-II-Bezug im Verhältnis zu allen Kindern unter 15 Jahren) (Landkreis Pinneberg o.J.a).

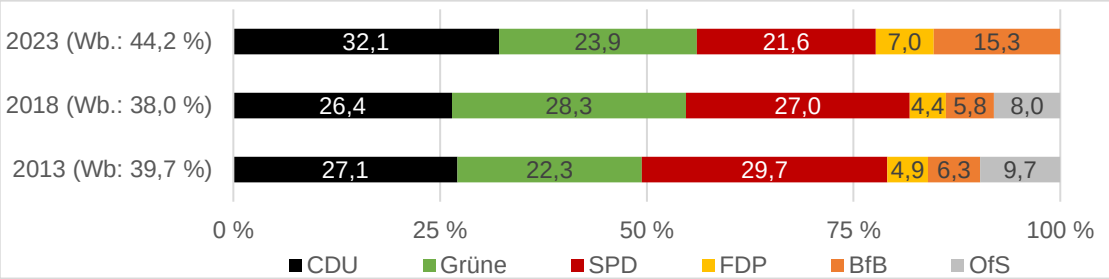
Der Umstand, dass mehr als jedes siebte Kind in Schenefeld in (relativer) Armut aufwächst, kann jedoch exemplarisch veranschaulichen, dass neben den positiven Wachstums- und Verjüngungstrends der Schenefelder Bevölkerung und ihrer sehr überwiegend guten sozioökonomischen Lage auch in Schenefeld nicht unerhebliche Bevölkerungsgruppen schwierige und herausfordernde Lebensbedingungen bewältigen müssen.

3.3 POLITISCHES KLIMA: WAHLVERHALTEN

Die Kommunalpolitik in Schenefeld ist von einem zentralen Aspekt intensiver Kontinuität geprägt. Die der SPD angehörende Bürgermeisterin und Verwaltungschefin amtiert ununterbrochen seit 2006 und genießt parteiübergreifende Unterstützung. Die politische Kultur in Schenefeld ist zugleich durch einen pragmatisch-überparteilichen Grundansatz gekennzeichnet. Scharfe Polarisierungen finden sich kaum. Im Selbstverständnis der Kommunalpolitik stehen vielmehr Sachorientierung, persönliche Vertrauensbeziehungen und die Suche nach Ausgleich und Kompromiss im Vordergrund (I3). Im Blick auf die Kommunalwahlen in der Stadt Schenefeld findet sich

derzeit eine deutliche Dominanz der CDU (32,1 %), rückblickend zeigen sich aber auch ausgeprägte Stärken der Grünen (2018: 28,3 %) und der SPD (2013: 29,7 %). Bemerkenswert ist ebenso der Stimmenanteil der unabhängigen Vereinigung Bürger für Bürger (BfB) mit zuletzt 15,3 %. Die Offensive für Schenefeld (OfS), die 2013 und 2018 einen höheren einstelligen Stimmenanteil erzielte, ist 2023 nicht erneut angetreten. Die Wahlbeteiligung ist in Schenefeld seit der Kommunalwahl 2013 (39,7 %) deutlich auf zuletzt 44,2 % (2023) gestiegen. Ungeachtet dieses Anstiegs liegt sie durchgehend deutlich unterhalb des Durchschnitts für Schleswig-Holstein (2023: 49,3 %).

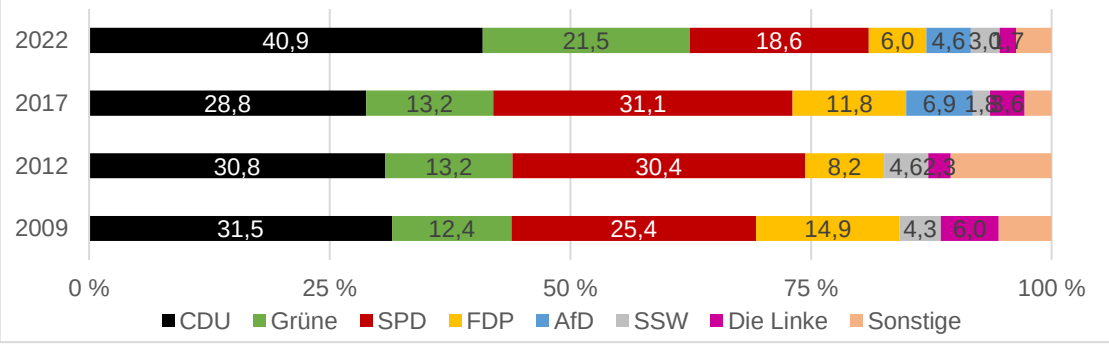
Abbildung 9: Ergebnisse der Kommunalwahlen Stadt Schenefeld (2013 bis 2018)



Datenquelle: Wahlstatistische Daten (Stadt Schenefeld o.J.b).

In den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein ist Schenefeld Teil des Wahlkreises 24 Pinneberg. Die Wahlergebnisse sind daher zwar aussagekräftig, aber weniger raumscharf. In der Langzeitbetrachtung finden sich zunächst durchaus Veränderungen, jedoch nur bedingt klare längerfristige Trendentwicklungen. CDU und SPD stellen jeweils die größten Stimmenanteile, gefolgt von FDP und Grünen mit geringeren, aber ebenfalls erheblichen Anteilen. Die Landtagswahl 2022 markiert demgegenüber eine deutliche Zäsur mit starken Zugewinnen der CDU auf 40,9 % und der Grünen auf 21,5 %. Die Gewinne dieser Regierungsparteien im Bundesland korrespondieren 2022 mit klaren Verlusten der SPD (18,6 %) und FDP (6,0 %). Damit sind die amtierenden Parteien einer schwarz-grünen Koalition auf Landesebene in Schenefeld deutlich gestärkt worden. Gegenüber den zuvor relativ eingefrorenen Mehrheitsverhältnissen markiert die Landtagswahl 2022 also einen spürbaren Umbruch. Die AfD, die 2017 noch 6,9 % erzielte, überspringt 2022 im Wahlkreis nicht erneut die Fünfprozenthürde (4,6 %). Allerdings verdeutlichen die aktuellsten Wahlergebnisse, die der Bundestagswahl 2025, die Potenziale dieser Partei in Schenefeld.

Abbildung 10: Ergebnisse der Landtagswahlen Schleswig-Holstein im Wahlkreis 24 Pinneberg (2009 bis 2022, Zweistimmen)

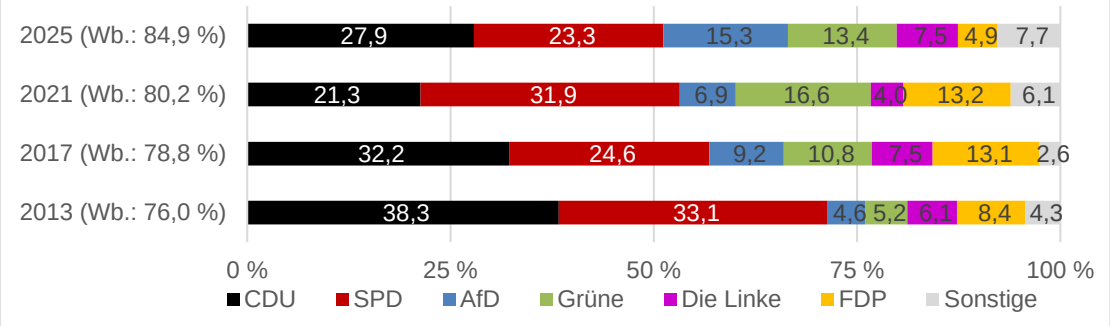


Datenquelle: Wahlstatistische Daten (Stadt Schenefeld o.J.b).

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen zeigen in Schenefeld deutlicher als die Ergebnisse auf kommunaler und auf Landesebene Zeichen eines langfristigen Wandels. Bemerkenswert ist zunächst, dass sich die Wahlbeteiligung seit 2013 kontinuierlich auf nunmehr 84,9 % im Jahr 2025 erhöht hat. Zugleich liegt sie etwas oberhalb des Landesdurchschnitts. Das Wahlverhalten in

Schenefeld hat sich zugleich deutlich ausdifferenziert. Die Stimmenanteile der Volksparteien CDU und SPD, die 2013 noch klar über zwei Drittel auf sich vereinigten, haben sich 2025 auf zusammen gut 50 % verringert. Mit Ausnahme der Bundestagswahl 2021 hat in Schenefeld die CDU jeweils die führende Rolle mit dem höchsten Stimmenanteil inne. In der Langzeitbetrachtung ist zugleich der tendenzielle Zuwachs der Grünen auffällig. Der Stimmenanteil der AfD verhielt sich bis 2021 schwankend, hat sich aber im Jahr 2025 sprunghaft und erheblich auf 15,3 % erhöht. Die Werte der Linkspartei schwanken nahe an der 5%-Hürde. Die FDP lag 2025 unter 5 % und verlor damit eine stabil hohe Zustimmung in den vorherigen Wahlen.

Abbildung 11: Ergebnisse der Bundestagswahlen in der Stadt Schenefeld (Zweitstimmen)



Datenquelle: Wahlstatistische Daten (Stadt Schenefeld o.J.b).

Das Wahlverhalten in Schenefeld zeigt zusammenfassend Zeichen eines nur allmählichen, schleichenden Wandels bei zugleich zumindest bisher weitgehender Stabilität auf kommunaler Ebene. Wie im Bundesland Schleswig-Holstein ist auch in Schenefeld insbesondere die Option schwarz-grüner Mehrheiten bemerkenswert, die sich in den letzten Jahren verfestigt hat. Während in der Region zudem schon zuvor signifikante Wähleranteile für populismusaffine Gruppierungen wie die Offensive für Schenefeld votierten, ist aktuell vor allem der erhebliche Zuwachs der Stimmenanteile für die AfD in den Bundestagswahlen 2025 hervorzuheben. Mit dem absehbaren Ausscheiden der langjährigen Bürgermeisterin könnten in näherer Zukunft insofern auch weitergehende Veränderungen einhergehen, die die kompromissorientierte und vertrauensbasierte kommunalpolitische Kultur in Schenefeld unter Druck setzen.

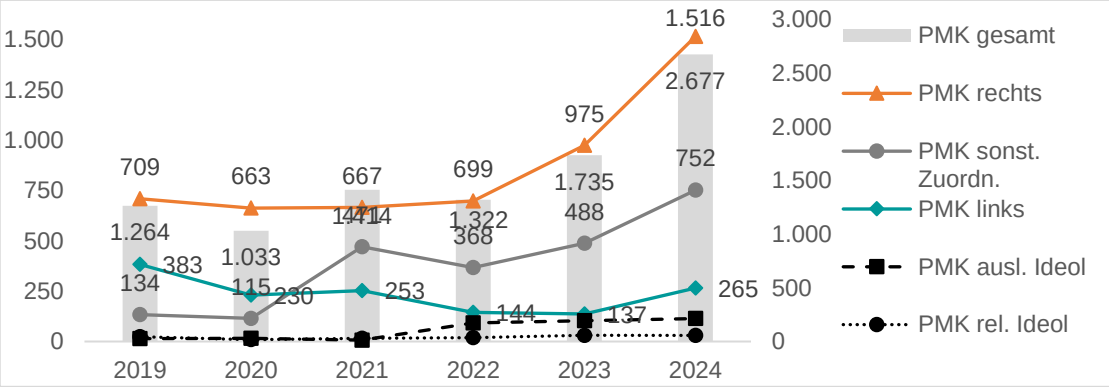
3.4 POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT UND RECHTE ÜBERGRIFFE

Neben dem Wahlverhalten informiert ebenso das Aufkommen politisch motivierter Kriminalität über handlungsrelevante politische Orientierungen und Stimmungslagen insbesondere im Bereich des Extremismus. Die Aufgaben und Zielstellungen der Partnerschaft für Demokratie richten sich zwar auf ein breites Phänomenspektrum, das zu großen Teilen im Vorfeld der Strafbarkeit liegt. Vor allem präventiv-pädagogische Handlungsansätze zielen oftmals sogar programmatisch darauf, Entwicklungen bereits zu bearbeiten, bevor erheblicher Schaden eintritt. Als buchstäbliche Spitze des Eisberges stellen Straf- und Gewalttaten mit politischer Motivation dennoch einen aussagekräftigen Indikator für Veränderungen der demokratischen Kultur dar. Die sogenannte politisch motivierte Kriminalität (PMK) umfasst einerseits Straftaten, die sich gegen den Staat und dessen rechtsstaatlich-demokratische Verfasstheit richten. Zudem kann es sich bei einschlägigen Straftaten mit politischer Motivation aber auch um vorurteilsmotivierte Hasskriminalität handeln, die gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen und Grundnormen eines gleichberechtigten, zivilen Zusammenlebens angeht.

In Schleswig-Holstein hat sich das Aufkommen entsprechender Straftaten nach einer relativen Stabilität in den Jahren 2019 bis 2022 zuletzt stark erhöht. Die Fallzahl ist von 1.322 im Jahr 2022 auf 1.735 im Jahr 2023 und 2.677 im Jahr 2024 gestiegen. Die meisten Straftaten wurden durchgehend und mit großem Abstand im Phänomenbereich rechts erfasst. Von insgesamt

2.677 Fällen entstammten 2024 1.516 diesem Bereich, das sind 56,6 %. Seit 2021 wird zudem ein erheblicher Teil der Fälle keinem Phänomenbereich zugeordnet. Mit 752 Fällen handelt es sich um die zweitgrößte Fallgruppe, was auf neue, überkommene Kategorien nicht zuzuordnender Phänomene verweist.

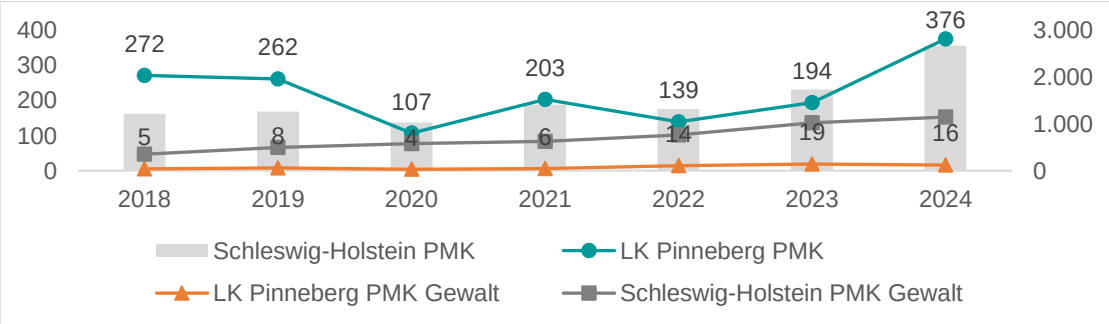
Abbildung 12: Politisch motivierte Kriminalität in Schleswig-Holstein nach Phänomenbereichen (2019 bis 2024)



Datenquelle: Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität (Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein 2026).

Der Landkreis Pinneberg, in dem Schenefeld angesiedelt ist, gehört anhaltend zu denjenigen Landkreisen in Schleswig-Holstein mit den höchsten Fallzahlen im Bereich PMK. Im Jahr 2024 stand er im Regionalvergleich sogar auf Platz 1. Auch im Landkreis Pinneberg finden sich im Jahr 2022 starke Anstiege der Fallzahlen auf einen Wert von 376 gegenüber 194 Fällen im Vorjahr. Die Entwicklung verläuft allerdings weniger linear als auf Landesebene. Hohe Fallzahlen wurden bereits 2018 (272) und 2019 (262) erfasst, um im Zuge der Pandemie abzusinken und von 2023 (194) auf 2024 (376) deutlich auf einen Spitzenwert anzusteigen. Nur bei einem kleinen Teil dieser Fälle handelt es sich im polizeilichen Sinn um Gewaltdelikte. Deren Zahl hat sich allerdings in den letzten Jahren stark erhöht, aus dem einstelligen Bereich auf 19 Fälle im Jahr 2023 und 16 Fälle im Jahr 2024.

Abbildung 13: Politisch motivierte Kriminalität im Landkreis Pinneberg (2018 bis 2024)



Datenquelle: Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität (Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein 2026).

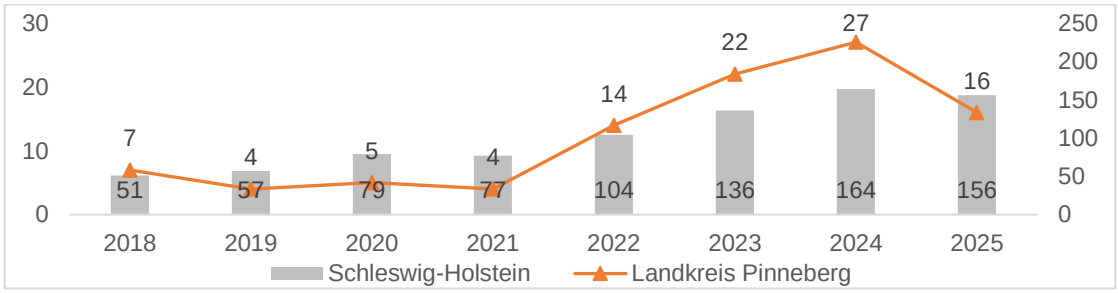
In Schenefeld (Polizeidirektion Bad Segeberg) sind die politisch motivierten Straftaten zuletzt ebenfalls stark angestiegen. Ihre Zahl bewegt sich aber angesichts des kleinstädtischen Kontextes selbstverständlich in einer deutlich geringeren Größenordnung als auf der Ebene des Landes oder Landkreises. Fokussiert sich die Betrachtung ausschließlich auf Fälle aus dem Phänomenbereich rechts und Hassdelikte, so findet sich in den Jahren 2018 bis 2021 durchgehend kein entsprechender Fall. Im Jahr 2022 werden dann drei Fälle, 2023 vier Fälle und 2024 fünf Fälle erfasst. Proportional betrachtet bedeutet das jährliche Steigerungsraten von zunächst 33 %, dann von 25 %. Zum Zeitpunkt dieser Analyse war die Aufbereitung für das Jahr 2025

noch nicht abgeschlossen, für die ersten drei Quartale ergab sich ein Fall. Bei den erfassten Taten handelt es sich überwiegend um Äußerungsdelikte wie Beleidigung nach § 185 StGB sowie Volksverhetzung nach § 130 StGB. Es kommen aber auch Bedrohung und gefährliche Körperverletzung vor (Schleswig-Holsteinischer Landtag 2018 bis 2025).

Die zivilgesellschaftliche Beratungsstelle Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V. (zebra) erstellt seit 2017 ebenfalls ein Monitoring zu rechten Gewalttaten in Schleswig-Holstein (ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe o.J.). Seit 2022 sind die erfassten Fallzahlen auch hier stark angestiegen. In den vergangenen Jahren hat zebra daher Höchstwerte erfasst. Im Jahr 2024 handelt es sich im gesamten Bundesland um 164 rechte Gewalttaten, was einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % darstellt. Nach kontinuierlichen Anstiegen in den Vorjahren ist die Zahl der erfassten Fälle im Jahr 2025 zugleich wieder geringfügig auf 156 Fälle zurückgegangen.

Zebra betont, dass sich Vorfälle rechter Gewalt im gesamten Bundesland Schleswig-Holstein finden. Zugleich bildet der Landkreis Pinneberg auch in dieser Perspektive einen der Schwerpunkte. Hier wurden durch zebra im Jahr 2024 27 Vorfälle erfasst – der höchste Wert aller Landkreise. Allerdings findet sich im Jahr 2025 ein erkennbarer Rückgang auf 16 Fälle. Dieser Rückgang ist im Landkreis damit auch deutlich stärker ausgeprägt als im gesamten Bundesland. Weiterhin rangiert der Landkreis aber unter den besonders hoch belasteten Kreisen. Unter den Tatmotiven dominiert im Landkreis Pinneberg noch klarer als auf Landesebene das Motiv Rassismus. Im Jahr 2024 fielen alle Fälle in diese Kategorie, im Jahr 2025 15 von 16 Fällen.

Abbildung 14: Rechte Gewalttaten im Blick der Zivilgesellschaft



Datenquelle: Zivilgesellschaftliche Monitoring-Daten (ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe o.J.).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Problemdruck hinsichtlich rechter und rassistisch motivierter Straftaten in der Region – und mit ortsspezifischen Ausprägungen in der Stadt Schenefeld – in jüngster Zeit merklich angestiegen ist. Die kleinstädtischen und relativ begünstigten Rahmenbedingungen in Schenefeld wirken sich zugleich dahingehend aus, dass die Stadt eindeutig kein Brennpunkt politisch motivierter Übergriffe ist. Jenseits der polizeilichen Statistik bestärken aber auch die qualitativen Befragungen die Einschätzung, dass sich in den letzten Jahren immer häufiger Vorkommnisse finden lassen, die zuvor als Ausnahmen galten: Vor allem Schmierereien, Sticker und Symbole aus dem Bereich des Rechtsextremismus und dessen Umfeld treten hier zunehmend in den Wahrnehmungshorizont.

4 SITUATIONSANALYSE II: PROBLEMLAGEN UND HERAUSFORDERUNGEN

4.1 DEMOKRATIESKEPSIS UND DEMOKRATIEDISTANZ

Demokratieskepsis und Demokratiedistanz sind Schlüsselfragen der Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Schenefeld. Zentrale Akteure aus dem Netzwerk der PfD beobachten mit Beunruhigung ihre schleichende Ausbreitung, die mit Indifferenz und Rückzug einhergeht. Schenefeld wird in der Regel nicht primär als Schauplatz der Konfrontation und offenen Mobilisierung politischer Extremismen wahrgenommen, sehr wohl aber als Ort, in dem sich bei vergleichsweise günstigen sozialen Rahmenbedingungen eine stille Abkehr von politischer Mitwirkung und Teilhabe vollzieht. Demokratie droht an Strahlkraft und positiver Bewertung einzubüßen. Sie wird nicht mehr ohne weiteres mit der positiven Gestaltung von Lebensbedingungen verbunden.

Diese verbreitete Wahrnehmung lässt sich im Blick auf die Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene durchaus evidenzbasiert erhärten: Bei den letzten Kommunalwahlen 2023 ist die Beteiligung zwar auf 44,2 % etwas angestiegen (2018: 38,0 %, 2013: 39,7 %) – sie liegt aber weiterhin deutlich unterhalb des Niveaus im Landkreis (48,5 %) und des Bundeslands (49,3 %).

In unterschiedlichen Formen und Varianten berichten viele Personen von entsprechenden Erfahrungen. Kommunalpolitische Ausschüsse und öffentliche Sitzungen waren früher gut besuchte Veranstaltungen, heute stoßen sie auf wenig Interesse (I3). Schüler*innen verbinden mit Demokratie beziehungsweise mit Politik insgesamt kein attraktives Angebot zur Stellungnahme und Meinungsbildung, vielmehr sind Desinteresse und Abwendung verbreitet. Politik wird eher als unattraktiv betrachtet und mit negativen Emotionen verbunden, ohne dass dieser Umstand Anlass zur Einmischung und Mitwirkung geben würde (WG). Sehr grundsätzlich beschreibt eine Person diese Stimmungslage:

> *„Demokratie ist für viele Leute eigentlich ein Schimpfwort geworden. Es ist nichts, mit dem Sie etwas Gutes verbinden, sondern es ist eher etwas, dem sie skeptisch gegenüberstehen, von dem sie zumindest keine sichtbare, ernstzunehmende Unterstützung für ihre eigene Lebensbewältigung erwarten“ (I1).*

Impulse zur Gründung der PfD kamen daher vor allem von Akteuren aus dem kommunalpolitischen Raum und der Bürgermeisterin, ehrenamtlich unterstützt durch einen im Themenfeld fachlich ausgewiesenen externen Berater. Neben der Stärkung und Unterstützung bereits bestehenden prodemokratischen Engagements ist ein zentraler Ansatzpunkt der PfD, die Stadtgesellschaft zunächst überhaupt zu aktivieren und demokratische Prozesse mit Attraktivität und Ausstrahlungsfähigkeit aufzuladen.

Die Abwendung von Demokratie und Engagement ist eine übergreifende Entwicklung und beschränkt sich sicherlich nicht ausschließlich auf Schenefeld. Bezogen auf den Raumkontext vor Ort ist aber zu beachten, dass sich Distanzierung hier weniger auf ortsspezifische soziale Spannungslagen oder problematische Entwicklungsrichtungen der Region zurückführen lässt. Der Raumkontext ist vergleichsweise gut situiert, durch die Nähe zu Hamburg auch keineswegs infrastrukturell abgekoppelt. Demokratieskepsis ist in Schenefeld in diesem Sinne nicht nur ein Phänomen der gesellschaftlichen Ränder, sondern auch der gesellschaftlichen Mitte (vgl. stellvertretend für langjährige sogenannte Mitte-Studien Zick et al. 2025).

Begünstigend mag allerdings wirken, dass Schenefeld oftmals als Durchgangsstation beschrieben wird, in dem nicht alle Bürger*innen dauerhaft Wurzeln schlagen. Seine Merkmale als hybrider Raum zwischen Großstadt und ländlichen Regionen erleichtern nicht unbedingt eine starke Identifikation mit der Stadt als Heimat und Lebensort. Dieser Umstand schließt zwar keineswegs eine erhebliche Engagementbereitschaft und ein dichtes Netz ehrenamtlich Aktiver aus. Ein

etwas anders akzentuiertes Bild ergibt sich aber im Blick auf im engeren Sinn politische Beteiligung und prodemokratisches Engagement – sei es in Parteien oder in Form spezifischer zivilgesellschaftlicher Initiativen. Zudem geben demografische Daten Hinweise auf einen besonderen Stellenwert von erfolgreich im Berufsleben stehenden Bevölkerungsgruppen. Neben einer eingeschränkten Identifikation mit dem Lebensort Schenefeld kann auch die Zeitökonomie von Berufspendler*innen einen für demokratisches Engagement abträglichen Effekt ausüben.

Neben Demokratieskepsis und Rückzug in das Berufs- und Privatleben findet sich in Schenefeld aber insbesondere im eher vorpolitischen zivilgesellschaftlichen Raum ein Spektrum von bürgerschaftlichem Engagement für das Zusammenleben in der Kommune. Diese Infrastrukturen des Engagements sind auch unterstützende Kräfte für die Demokratiearbeit der PfD und des lokalen Bündnisses für Demokratie. Sozialintegrative und demokratiepolitische Impulse gehen vor Ort oftmals ineinander über. Korrespondierend zur Diagnose einer schleichenden Erosion von demokratischer Beteiligung sind diese Kraftzentren der kommunalen Zivilgesellschaft allerdings auch mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert.

Eine häufig genannte Herausforderung besteht in der begrenzten Ausstrahlung der aktivbürgerlichen Kerne in die breitere Stadtgesellschaft. Die Kehrseite des Engagements und der Ansprechbarkeit bestimmter Personen oder Einrichtungen liegt insofern in einer partiellen Abgeschlossenheit der aktiven Kreise. Demokratiearbeit muss daher der Herausforderung entgegenwirken, zur Selbstbestätigung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu werden.

Diese Herausforderungen sind auf verschiedenen Ebenen angesiedelt. Dazu gehört die Generierung von Reichweite über die Grenzen des jeweils eigenen Milieus hinaus, sei es im Blick auf die soziale Lage, auf Generationszugehörigkeit und Lebensalter oder bezogen auf Herkünfte. Ungeachtet einer fortschreitenden Pluralisierung und Heterogenisierung der Schenefelder Stadtgesellschaft sind Berührungspunkte zwischen unterschiedlichen Milieus zum Teil noch entwicklungsfähig. Dieser Befund wird selbst hinsichtlich direkter, unmittelbarer Nachbarschaften formuliert – etwa im sogenannten Siedlungsgebiet (FG2).

Ein weiterer Aspekt besteht in der Attraktivität der Angebote der Demokratiearbeit für die Stadtgesellschaft. Die Überschreitung von Grenzen der prodemokratischen Netzwerke und Milieus kann auch niedrigschwellige Formate erfordern, die für bisher nicht erreichte Gruppen Zugänge eröffnen und Barrieren abbauen. Die Herausforderung der Gewinnung von breiteren Zugängen zur Stadtgesellschaft setzt insofern auch die Aufgabe auf die Tagesordnung, eigene Arbeitsweisen, Formate und Angebote im Blick auf Bedarfe der Zielgruppen zur prüfen.

Nicht zuletzt bezogen auf die Prävention und Bekämpfung von gruppenbezogenen Vorurteilen stellt sich hier die Herausforderung der Schaffung und Belebung sogenannter „Dritter Orte“ und von gruppenübergreifenden Begegnungen und Kontakten. Mit dem „Stadtzentrum“ STADDI verfügt Schenefeld über einen Begegnungsort im allgemeinen Sinn, der bspw. auch von Jugendlichen als Treffpunkt genutzt wird. Dennoch wurde im Rahmen der Erhebung ein relativer Mangel von Begegnungsorten angemerkt. Begegnungsorte beschränken sich nicht auf physische Orte, sondern umfassen selbstverständlich auch soziale Orte im Sinne von Festen, Veranstaltungen, kulturellen oder sportlichen Events etc.

Zwei Aspekte der begrenzten Reichweite und Resonanzräume für die Impulse der Demokratieförderungen werden nachstehend eingehend behandelt, sollen hier aber vorab kurz erwähnt werden. Dabei geht es einerseits um die Pluralisierung und Heterogenisierung der Schenefelder Stadtgesellschaft entlang der Herkunft, andererseits um generationelle Fragen. Demokratieskepsis und -distanz beschränken sich nicht auf bestimmte Altersgruppen. Im Rahmen der Erhebungen sind daher auch explizit Angebote der politischen Bildung und Teilhabe für ältere Schenefelder*innen als Bedarf benannt worden. Gerade unter Erwachsenen sei Politikverdrossenheit zu verzeichnen. Spezifisch im Blick auf Problemlagen und Herausforderungen wird jedoch vor allem die Altersgruppe der Jugendlichen thematisiert.

Allgemeine Aspekte des demografischen Wandels schlagen sich auch in Schenefeld nieder und betreffen zudem demokratische Infrastrukturen. Schenefeld verfügt im Unterschied zu Hamburg oder Pinneberg nicht über prodemokratische zivilgesellschaftliche Angebote und Organisationen, die für jugendspezifische Zugänge zu Politik und Engagement stehen können: bspw. NGOs aus dem Bereich von Umweltschutz, der Menschenrechtsarbeit oder des Anti-Rassismus, queere Jugendgruppen oder feministische Initiativen. Aber auch der parteipolitische Raum ist vor Ort mit Nachwuchssorgen konfrontiert. Insbesondere die Gewinnung von Jugendlichen für ein verbindlicheres und längerfristiges Engagement erweise sich als schwierig und herausfordernd. Jüngst ist nur eine Partei wieder mit jugendverbandlichen Aktivitäten vor Ort präsent.

Ausnahmen bestätigen an dieser Stelle aber die Regel: So sind Nachwuchssorgen der Jugendfeuerwehr in Schenefeld fremd. Sie ist vielmehr mit einer Übernachfrage konfrontiert und führt Wartelisten. Inwieweit diese Attraktivität der Feuerwehr für junge Menschen in Schenefeld auch auf die kommunale Demokratieförderung einzahlt, ist im Erhebungszeitraum noch offen. Neben die frühere Unterstützung des Fests für Demokratie ist der Vorbehalt getreten, der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte könnte die Glaubwürdigkeit der Feuerwehr beeinträchtigen. Auch der Sportverein Blau-Weiß 96 ist für Jugendliche in Schenefeld eine attraktive Adresse und ein zentraler Player der örtlichen Zivilgesellschaft. Nach einer gewissen Vorlaufzeit unterstützt er das Fußballturnier „Kicken mit Haltung“ des Jugendforums der PfD. Er hat sich zudem bereits zuvor in maßstabsetzender Form gegen diskriminierende und antidemokratische Vorfälle im Sport positioniert. Um in konflikthaften Situationen Handlungs- und Rechtssicherheit zu gewinnen, hat der Verein 2024 seine Satzung überarbeitet und erweitert.[2] Jenseits einer Politisierung von Sport oder Ehrenamt stellt sich für die PfD hier die Herausforderung, auch gegenüber Vorbehalten und dem Wunsch nach Neutralität die Schnittmengen demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien mit den jeweiligen Bereichen zu verdeutlichen.

Das mustergültige Vorgehen von Blau-Weiß 96 veranschaulicht allerdings ex negativo ebenso Problemlagen jenseits von Demokratiemüdigkeit. Die Ergänzung der Vereinssatzung ging nämlich auf konkrete Konfliktlagen im Landkreis zurück. In den Erhebungen zeigten sich – auch angesichts der eindeutig vorrangigen Problemlagen im Feld der Demokratiemüdigkeit – mehrfach Hinweise auf solche latenten oder manifesten antidemokratischen Vorkommnisse. Nicht alle einschlägigen Einstellungsmuster treten dabei an die Öffentlichkeit oder werden öffentlich geäußert. In den Erhebungen wurde aber auf antidemokratische Äußerungen verwiesen, die im kleinen Kreis durchaus deutlich zutage treten. Im Rahmen des Werkstattgesprächs wurden Wegzüge aus Schenefeld erwähnt, zu denen auch ein in der Nachbarschaft verbreiteter Antisemitismus beigetragen habe. Ein Resonanzraum für antidemokratische Einstellungen wird wiederholt gleichfalls an Zeichen und Symbolen im öffentlichen Raum festgemacht. Immer wieder werden Aufkleber oder Graffitis mit rechtsextremen oder rassistischen Inhalten, teilweise auch unter Rekurs auf spezifische Szene-Codes vermerkt – verbunden mit der Einschätzung einer Zunahme:

> *„… also Sticker, die ich jetzt schon auch als durchaus rechtsmotiviert oder auch deutlich rassistischer wahrnehme. Oder auch Schmierereien. Also solche Sachen schon in letzter Zeit vermehrt, früher war das nicht so, aber jetzt seit ein, zwei Jahren taucht das schon vermehrt auf“ (FG 3).*

[2] In § 2, Abs. 7 der Vereinssatzung heißt es: „Der Verein tritt verfassungs- und fremdenfeindlichen sowie antidemokratischen Bestrebungen und jeder weiteren Form von diskriminierenden, menschenverachtenden oder antisemitischen Einstellungen, insbesondere aufgrund der Nationalität, der Religion, des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Identität oder einer Behinderung [sic!] entschieden entgegen. Dies gilt ebenso für jede Form von Gewalt, unabhängig davon, ob sie körperlich oder seelischer Art ist. Er verhält sich weltanschaulich, parteipolitisch und konfessionell neutral, bekennt sich zur Achtung aller international anerkannten Menschenrechte unter Berücksichtigung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie zu nachhaltigem Handeln. Der Verein bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Glaube, Geschlecht, sexueller Orientierung und sozialer Stellung eine sportliche Heimat.“ (Blau-Weiß 96 Schenefeld e.V. 2005/2024)

Jenseits solcher eher alltagskultureller und niedrigschwelliger Erscheinungsformen wird angemerkt, dass Schenefeld auch eine Tradition von Unterstützung für Parteien am Rande des demokratischen Spektrums hat. Es geht in der jüngeren Geschichte nicht um Mehrheiten der Bevölkerung, aber doch um signifikante Anteile.

Thematisiert werden ebenfalls alltagsrassistische Übergriffe auf Menschen, die als fremd und anders gelesen werden. Ein umfassendes und differenziertes Lagebild zu entsprechenden Vorfällen liegt für Schenefeld nicht vor. Es muss zudem davon ausgegangen werden, dass auch Aktivbürger*innen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich nur bedingt die Erfahrungswelten von als fremd markierten Personen überblicken können. In eher anekdotischer Form ist aber wiederholt von tätlichen Übergriffen oder Schmierereien die Rede: *„Es gibt unter anderem Vorfälle gegenüber einer schwarzen Frau mit Kind, ... mit heftigen Beschimpfungen im Bus und Bedrängungen im Bus und so weiter*“ (I1). Erwähnt werden auch *„Schmierereien an den Ladengeschäften von Menschen mit Migrationshintergrund. ... Alle in kurzen Abständen. Schmierereien an Flüchtlingsunterkünften“* (FG1).

Während im Blick auf Alltagsrassismus also zumindest anekdotische Befunde zu Übergriffen vorliegen, ist das bezogen auf Amtsträger oder zivilgesellschaftliche Akteure derzeit nicht der Fall. Schenefeld erscheint als zumeist sicherer Ort, in dem tätliche Übergriffe auf Engagierte derzeit nicht systematisch zu befürchten sind. Diese Einschätzung gilt weitgehend flächendeckend. Als Kleinstadt verfügt Schenefeld nicht über gefährliche Orte und Brennpunkte in einem großflächigen Sinn. Mögliche Angsträume sind vor Ort daher weniger ein Thema der Demokratiearbeit und Extremismusprävention als der konventionellen Kriminalprävention.

Als kritische Größen werden allerdings der digitale Raum und Prozesse der politischen Meinungsbildung und Information insgesamt benannt. Diese sind offenbar nicht an die räumlichen Grenzen der Stadt Schenefeld gebunden, also keine primär lokalen Phänomene. Entscheidend ist dennoch die Wahrnehmung, dass sie einen zentralen Erklärungsfaktor für die vor Ort als vorrangig bewerteten Problemlagen der Demokratieskepsis und Demokratiedistanz darstellen. Die mediale Politikberichterstattung wird teilweise als unsachlich und negativistisch beschrieben. Dynamiken im digitalen Raum würden die Polarisierung entlang von wechselnden Streitthemen befördern. Das Informationsverhalten – nicht nur von Jugendlichen – habe sich im Zeichen sozialer Medien tiefgreifend gewandelt. Medienkompetenz und Mediennutzung halten mit diesen Veränderungen aber nur bedingt Schritt. Entsprechende Angebote für alle Altersgruppen könnten also auch eine Aufgabe für die PfD sein.

Als ortsspezifisches Phänomen lassen sich verschiedene digitale Gruppen und Foren ausmachen. Sie generieren keine unerhebliche Reichweite, werden in ihrer demokratiepolitischen Bedeutung zugleich ambivalent wahrgenommen.

> *„Wenn es um kommunalpolitische Themen geht, dann entstehen da keine Schlammschlachten oder so, aber das ist sehr hässlich werdend“ (FG2).*

Im Blick auf Akteure und Themen der Kommunalpolitik erscheinen diese digitalen Gruppen weniger als strukturierte und lösungsorientierte Foren, sondern zumindest partiell als Treiber von Konflikt- und Affektdynamiken.

4.2 JUGENDBETEILIGUNG UND JUGENDAKTIVIERUNG

Die Beteiligung und Aktivierung von Jugendlichen werden durch die PfD Schenefeld als zentrale Aufgabenstellung betrachtet, zugleich erweisen sie sich vielfach als Teilmengen der übergeordneten Problemdiagnose von Demokratiedistanz und Politikmüdigkeit. Auch bezogen auf die Altersgruppe der Jugendlichen geht es in Schenefeld überwiegend um Desinteresse und Abkehr von Demokratie, weniger um offen antidemokratische Mobilisierungen oder Zusammenschlüsse.

So finden sich in den Erhebungen keinerlei Hinweise – zumindest nicht gegenwärtig – auf organisierte rechtsextreme oder antidemokratische Gruppierungen im Jugendbereich – etwa Kameradschaften oder andere Vereinigungen im Spektrum des aktionsorientierten, gewaltaffinen Rechtsextremismus, dessen Renaissance aktuell bundesweite Aufmerksamkeit auf sich zieht. Herausforderungen im Blick auf die Aktivierungen und Beteiligung von Jugendlichen stellen sich in Schenefeld also nicht zentral im Kontext von Distanzierungsarbeit gegenüber Extremismus im engen Sinn.

Allerdings ergibt sich der Befund fehlender oder schwach ausgeprägter Organisationsmuster auch hinsichtlich prodemokratischer Engagementstrukturen für Jugendliche. Schenefeld bietet Jugendlichen verschiedene Aktivtäten und Orte, die gut genutzt werden: die Feuerwehr, der Sportverein Blau-Weiß 96, das Stadtzentrum „Staddi" als offener Treffpunkt oder auch das JUKS als Ort der Kultur- und Jugendarbeit. Bezogen auf Engagement und politische Beteiligung ist für Jugendliche im Bedarfsfall aber eine Orientierung über die Stadtgrenzen hinaus geboten. Eine parteibezogene Jugendorganisation ist vor Ort aktiv, der Rotary Club hat einen Jugendbereich. Ansonsten kann Schenefeld aber keine Infrastruktur von Engagementmöglichkeiten im Bereich bspw. von NGOs bieten, die mit Pinneberg oder Hamburg auf Augenhöhe wäre. Zugleich ist allerdings auch die aktive Nachfrage der Jugendlichen begrenzt – soweit aus der Perspektive der PfD-Akteur*innen überschaubar. Es ist eher von Nachwuchssorgen als von Angebotslücken die Rede (FG 1).

Aus der Perspektive der PfD reproduziert sich damit eine allgemeine Herausforderung im Blick auf Jugendbeteiligung gleichsam altersspezifisch. Es ist ein Problem, *„andere junge Leute zu erreichen als diejenigen, die zum Gymnasium gehen und aus bürgerlichen Familien stammen" (I1).* Zugleich wird angenommen, dass sich junge Menschen oft nicht vorstellen können, „*dass die erwachsene Politikgeneration oder Rat und Verwaltung sich für die Anliegen von jungen Leuten interessieren"* (I1). Hier zeigt sich – ungeachtet der gut angenommenen und gelungenen Angebote aus jüngerer Zeit – die besondere Herausforderung, Beteiligungsangebote so anzulegen, dass sie als niedrigschwellig, glaubwürdig und auch folgenreich wahrgenommen werden, also in wahrnehmbaren Ergebnissen resultieren.

Schenefeld ist neben seinen sozialen Lagemerkmalen stark durch die räumliche Lage im Speckgürtel von Hamburg geprägt. Auch dieser Umstand bildet sich in der Lebensgestaltung junger Menschen ab. Ein Jugendlicher beschreibt in der Fokusgruppe das Stadtzentrum Staddi als zentralen Treffpunkt: „*ständig gehen alle zum Stadtzentrum*", zugleich würden viele, „*wenn sie etwas Größeres machen wollen*", nach Hamburg fahren (FG1). Für ältere Jugendliche verschiebt sich der Bewegungsraum offenbar stärker Richtung Hamburg Altona; ab der achten Klasse seien viele *„praktisch zumindest im Westen Hamburgs auch unterwegs"* (I4). Vor Ort ist dieser Umstand alles andere als erklärungsbedürftig. Die Grenzen verlaufen fließend, Hamburg ist für ältere Jugendliche mit Bus und S-Bahn leicht und unkompliziert erreichbar. Eine erweiterte Mobilität und Selbstständigkeit sind zudem übliche Bestandteile jugendlichen Aufwachsens. Hinsichtlich von Engagement und Beteiligung können in einem Ort wie Schenefeld daraus aber andere Konsequenzen resultieren als in kleineren Dörfern oder auch großstädtischen Quartieren. Alltagsgestaltung, Identifikation und Zugehörigkeit begrenzen sich nicht auf die Stadt Schenefeld, lösen sich sogar von ihr ab. Kommunale Jugendaktivierung und -beteiligung müssen damit umgehen, indem sie Zugehörigkeitsgefühle ortsspezifisch mobilisieren.

Der kommunale Kinder- und Jugendbeirat (KJB) ist ein diesbezügliches Angebot der Stadt. Die Eintrittsschwellen und Barrieren zu einem verbindlichen Engagement in diesem Rahmen werden von vielen Jugendlichen aber offenbar als erheblich erlebt. In der themenspezifischen Fokusgruppe wird von „*Angst*" und „*Stress*" berichtet, die mit Engagement verbunden werden. Die Übernahme von verbindlicher Verantwortung wird als „*großer Faktor*" im Sinne einer hohen Hürde beschrieben (FG1). Eine offene Auswertung und Evaluation der Erfahrungen von Jugendlichen mit dem Kinder- und Jugendbeirat wären sicherlich für die Weiterentwicklung dieses strategisch-konzeptionell besonders bemerkenswerten Instruments hilfreich. Schon die

kursorischen Ausführungen im Rahmen der Situationsanalyse legen nahe, dass eine intensivere Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen sinnvoll wären – um Eintrittsbarrieren abzusenken und Belastungen für Engagierte zu reduzieren. Idealerweise sollte jugendliche Beteiligung ein Lern- und Entfaltungsort sein: Qualifizierungsangebote der PfD oder andere Anreize und Belohnungen für engagierte Jugendliche würden hier eine plausible Ergänzung darstellen. Das Spektrum der Möglichkeiten reicht bis zu formellen Auszeichnungen – erwähnt wurde als Hamburger Beispiel der Bertini-Preis für junge Menschen mit Zivilcourage. Zudem bestätigt sich die allgemeine Erkenntnis, dass eine längerfristige Verantwortlichkeit, die Übernahme eines Amts oder einer festen Zuständigkeit, für viele Jugendliche abschreckend wirkt. Ausnehmend bedarfsgerecht erscheint daher, dass die Arbeit des Kinder- und Jugendbeirats seitens der Kommune derzeit durch ein weiteres, flexibleres und temporäres Beteiligungsformat ergänzt wird: den Tag der Demokratie. Solche offenen, projektförmigen Angebote kommen den Bedürfnissen vieler Jugendlicher in Schenefeld offenbar sehr entgegen. Positiv wurde von befragten Jugendlichen daher auch das frühere Projekt „Wenn ich König/Königin von Schenefeld wäre“ bewertet (FG 1).

Zugleich betonen befragte Jugendliche das Interesse an greifbaren Ergebnissen von Beteiligung und Mitwirkung. Ein Attraktivitätsmoment der lokalen Gliederung der jungen Rotarier*innen bestehe bspw. in der Verfügbarkeit finanzieller Mittel, um Projektideen auch tatsächlich umsetzen zu können (FG1). Insbesondere für die flexibleren Beteiligungsformate wie den Tag der Demokratie bedeutet das, dass einerseits eine längerfristige, wiederholte Umsetzung wichtig ist, andererseits auch eine reale Übertragung von Anregungen in die kommunalen Gremien und eine Rückmeldung über Ergebnisse an die Jugendlichen. Die Mitwirkung an einer festen Implementierung des Tags der Demokratie als Mitbestimmungskanal für Jugendliche durch die PfD könnte hier Vorbehalten und Misstrauen entgegenwirken. Kontinuität und Markenbildung sollten zentrale Aspekte der weiteren Strategieentwicklung sein. Die Ergänzung von Beteiligungsformaten um Jugendbudgets zur Projektumsetzung könnte das Vertrauen in die Wirkung von Beteiligung erhöhen.

Zu berücksichtigen sind zudem Ungleichheitsaspekte und „Klassismus“ in der Ansprache von Jugendlichen. Soziale Barrieren insbesondere zwischen dem direkt benachbarten Gymnasium und der Gemeinschaftsschule werden als massiv beschrieben – auch hinsichtlich der Haltungen des Schulpersonals. Die Rede ist sogar von einem „*eisernen Vorhang zwischen den beiden Schulen“* (FG 1). Die Gemeinschaftsschule wird nicht zuletzt bezogen auf die schwierige bauliche Situation als untypisch für Schleswig-Holstein beschrieben (I2). Auch angesichts der insgesamt gut situierten Gesamtlage in Schenefeld spielen Ungleichheitsmuster und sie begleitende Spaltungen sowie Polarisierungen also offenbar im Schulbereich und unter Jugendlichen keine unerhebliche Rolle. Ansätze zur Stärkung von Jugendbeteiligung sollten diese Vielfalt der Lebensphase Jugend in Rechnung stellen. Es geht – neben digitalen Zugängen – um lebensweltnahe Formate, die neben einer diskursiven Auseinandersetzung mit explizit politischen Themen konkrete Mitmachoptionen eröffnen: über Kultur, Graffiti, Theater, Sport, Medien usw. Damit können unterschiedliche Talente und Fähigkeiten abgerufen sowie eingebracht und Grenzziehungen nach Milieu und Schulform bearbeitet werden. Das PfD-Projekt „Song für Schenefeld“ verbindet bereits viele relevante Aspekte: Es bringt Schüler*innen aus unterschiedlichen Schulformen zusammen, spricht – bei professioneller Begleitung – unterschiedliche Kompetenzen und Fähigkeiten an, appelliert an Zugehörigkeit und Identifikation mit dem Ort und bietet nicht zuletzt Wirksamkeitserfahrungen durch eine Aufführung in offiziellem Rahmen vor Publikum.

Mit dem Medium Rap wurde hier eine Musikform aufgenommen, die nicht nur über ungebrochene jugendkulturelle Attraktivität verfügt und auch marginalisierten Perspektiven frühzeitig eine Stimme geboten hat – was problematische Züge wie Sexismus und Antisemitismus nicht ausschließt. Attraktive und anerkannte Formen von pluralen Zugehörigkeiten erscheinen im Jugendbereich tatsächlich geboten. Es wird beschrieben, dass insbesondere seit der Corona-

Pandemie Fragen von Zugehörigkeit gleichermaßen wichtiger und konflikthafter werden. Eine Wir-ihr-Unterscheidung nach Herkunft, Religion, Nationalität und Gruppenzugehörigkeit ist für das Schulpersonal wahrnehmbarer geworden. Die Grenzen zwischen spaßvollen Provokationen auf der einen Seite und Grenzverletzungen auf der anderen verschwimmen aus der Perspektive der Fachkräfte dabei mitunter. Bemerkt werden vielfach niedrigschwellige Formen von Abwertung und Herabsetzung bspw. im Blick auf Herkunft oder Behinderungen – genannt werden Beschimpfungen wie „*du Türke*“ oder „*Downi*“ (FG2). Obwohl organisierte Formen des gewaltorientierten Extremismus in Schenefeld keine sichtbare Rolle spielen, ist – sicherlich nicht nur in Bezug auf Jugendliche – die Integration von diskriminierenden Alltagserfahrungen auch in niedrigschwellige Beteiligungsangebote insofern sinnvoll.

Insbesondere unterstreichen solche Abwertungsmuster die zentrale Rolle des digitalen Raums als Präventionsfeld. Eine Befragte schildert:

> *„Das meiste Undemokratische begegnet mir eigentlich, wenn sie erzählen, dass sie irgendein Video gepostet haben, und dann gab es Hate-Kommentare“ (I4).*

Auch Nutzungen von KI, etwa manipulierte sexualisierte Bilder, werden als Herausforderungen genannt. Demokratieförderung mit Jugendlichen ist in Schenefeld daher zwar nicht durch organisierte demokratiefeindliche Szenen herausgefordert, sollte aber digitale Kommunikation, abwertende Sprachmuster, Mobbing, Geschlechterbilder und Zugehörigkeitskonflikte in den Blick nehmen. Eher randständig und nicht begrenzt auf die Altersgruppe der Jugendlichen wurden als demokratische Herausforderungen im Kontext von Zugehörigkeitskonflikten auch religiös begründete Verhaltensweisen genannt. Unter Kindern und Jugendlichen kann sich dies als Konformitätsdruck bezogen auf vermeintliche religiöse Gebote äußern (Fastenzwang, Kontrolle von Mädchen), in höheren Altersgruppen auch als Orientierung an zumeist in Hamburg ansässigen Moscheen und Gemeinden, die als radikalisierungsgefährdet beschrieben werden (FG1, FG2).

Derartigen Phänomene kann die PfD potenziell durch deren Thematisierung mit Jugendlichen nachkommen – etwa durch schulbezogene Angebote oder ein Zusammenwirken von Jugendarbeit, Schule und externen Trägern. Zugleich markieren sie Herausforderungen für die Qualifizierung und Sensibilisierung von Fachkräften hinsichtlich einer angemessenen Wahrnehmung und kompetenten Auseinandersetzung mit Jugendlichen – im digitalen Raum, bezogen auf Fragen von Religion und Zugehörigkeit, von Geschlechterbildern oder von Abwertungsformen und Diskriminierung.

4.3 VIELFALT, INTEGRATION UND INTERKULTURELLE ÖFFNUNG

Der parteiübergreifend durch den Stadtrat von Schenefeld verabschiedeten Resolution gegen Rechtsextremismus mangelt es nicht an Deutlichkeit: „Schenefeld ist eine internationale, weltoffene und vielfältige Kommune aus über 100 Nationen, die in unserer Stadt ein Zuhause gefunden haben und hier friedlich gemeinsam leben und arbeiten. Dies ist identitätsstiftend für unsere Stadtgesellschaft“ (Stadt Schenefeld 2024). Die Empörung über die durch journalistische Recherchen bekannt gewordenen Überlegungen zur massenhaften Ausweisung von Menschen mit Migrationsgeschichte stellt daher einen „Defining Moment“ in der Entstehung der Schenefelder PfD dar. Die Verteidigung gesellschaftlicher Vielfalt gegen rechtsextreme Angriffe ist ein Grundkonsens des breiten städtischen Bündnisses. Insofern ist die Berücksichtigung dieses Handlungsfeldes in der strategischen Ausrichtung der PfD folgerichtig.

Vielfalt und Pluralisierung erscheinen vor Ort in Schenefeld auf den ersten Blick allerdings nicht übermäßig problembelastet. Deutliche Erscheinungsformen der räumlich segregierten Überlagerung von sozialen Problemlagen und ethnisch geprägten Communitys werden eher in der unmittelbaren Hamburger Nachbarschaft verortet – beispielsweise in der nur wenige Busstationen entfernten Großsiedlung Osdorfer Born (FG 1, FG 2). Im kleinstädtischen Kontext von Schenefeld finden sich Hinweise auf die Abschottung von Bevölkerungsgruppen, aber nicht auf

im Ansatz vergleichbare räumliche Segregationserscheinungen. Zudem ist die Pluralisierung von Schenefeld, die sich nicht zuletzt anhand des allmählich ansteigenden Anteils von Einwohner*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bemessen lässt, selbst vielgestaltig: Neben Fluchtmigration und Gemeinschaftsunterkunft findet sich beispielsweise im von Eigenheimen geprägten Siedlungsgebiet ebenso vermehrt eine international geprägte Mittelschicht.

Auch angesichts des klaren Bekenntnisses des Schenefelder Stadtrats und des Bündnisses für Demokratie ergibt sich eine erste Herausforderung im Themenfeld allerdings aus dem nahezu ausnahmslosen Fehlen postmigrantischer Perspektiven in den kommunalpolitischen Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Strukturen der Stadt. Die im weiteren Sinn verstandenen institutionellen Strukturen der Stadt scheinen gegenüber der zunehmend vielfältigen Stadtgesellschaft insofern über eine erhebliche Repräsentationslücke zu verfügen.

> *„Menschen mit migrantischem Hintergrund (spielen) in der öffentlichen Beteiligung eigentlich eine sehr untergeordnete Rolle … . Ich kann … nicht sagen, warum“* (I3).

Neben offiziellen Verfahren und Einrichtungen gilt ein ähnlicher Befund allerdings auch hinsichtlich zivilgesellschaftlicher Strukturen und Selbstorganisationen. Schenefeld verfügt ebenfalls in diesem Bereich kaum über Orte oder Einrichtungen, die explizit der Abbildung von Diversität und Vielfalt gewidmet sind. Communitybasierte kulturelle, religiöse oder soziale Orte des Miteinanders für Menschen aus Schenefeld finden sich vermutlich eher in Hamburg oder Pinneberg. Grundsätzlich ergibt sich daher die Herausforderung, Diversität in der Ansprache und Ausrichtung der PfD systematisch mitzudenken: Warum sind bestimmte Gruppen nicht abgebildet? Welche Barrieren bestehen? Wie lassen sich Brücken bauen? Aus dem Selbstverständnis der Kommune ergibt sich hier eine weitergehende Handlungsaufforderung in Richtung einer aktiven Öffnung.

> *„Ich sage immer, dass wir auch ein paar Russlanddeutsche beim nächsten Demokratiefest vielleicht haben, die einfach mal kommen und sich das angucken“ (AS1).*

Die PfD sollte aktiv nach Menschen suchen, die für Diversität stehen oder eine Migrationsgeschichte haben, und diese über geeignete Formate in die Arbeit der PfD einbinden. Jenseits einer Thematisierung von Vielfalt als Problem richtet sich dies auf eine aufsuchende und nachgehende Sondierung von Bedarfen, die in den Netzwerken der Engagierten vor Ort möglicherweise noch nicht ausreichend wahrgenommen werden können. Dabei kann es sich auch um einen syrischen Arzt aus dem Siedlungsgebiet, um eine indische Wissenschaftlerin aus dem XFEL oder einen türkischstämmigen Gewerbetreibenden handeln. Die Herausforderung besteht darin, unsichtbare und ungewollte Barrieren abzubauen, und dies ggf. auch durch neue, unkonventionelle Formen der Einbindung und Ansprache. Ansätze liegen bereits vor:

> *„Wir versuchen zumindest in dem Bereich der Straße, da wo ich wohne, alle zwei Jahre so ein Integrationsmodell, ein Straßenfest zu machen, und da sind alle eingeladen, und dann öffnen sich auch viele über den Weg dieses lockeren Umgangs“ (FG 2).*

Es kann für eine bessere Repräsentation von Vielfalt sowie eine Öffnung kommunaler Strukturen und Verfahren in gewissem Maß auf bestehende Brückenorte zurückgegriffen werden: Die Tafeln oder auch das JUKS und das Willkommenscafé realisieren beispielsweise bereits Teilhabe in der genannten Richtung.

> *„Und ich kann auch sagen, dass die Stadtverwaltung immer wieder … auch Projekte macht, auch so in der Betreuung, wo eigentlich eher Brücken gebaut werden“ (I3).*

Entscheidend ist an dieser Stelle, Menschen, die in verschiedenen Hinsichten Diversität repräsentieren, jenseits von karitativem Engagement sichtbar als Subjekte anzusprechen und zur Teilhabe einzuladen. In der strategischen Entwicklung der PfD, des Bündnisses und des Jugendforums bestehen hier Herausforderungen. In Schenefeld werden integrative Aufgabenstellungen derzeit nicht mit expliziter Nomination etwa durch einen/eine Integrationsbeauftragte*n,

sondern im Rahmen der Flüchtlingskoordination bearbeitet. Ein Integrationsbeirat besteht zurzeit nicht. Die Förderung von kleinen Formen der Selbstorganisation, thematischen Initiativen oder Gesprächskreisen könnte daher ein konstruktiver Schritt sein. Im Blick auf die Repräsentation von Vielfalt sind insbesondere gut im Leben stehende Personen von Interesse – Fachkräfte, Gewerbetreibende, Sportler*innen, erfolgreiche Schüler*innen usw.

Als sichtbare institutionelle Orte von Diversität und Vielfalt können in Schenefeld zudem die Gemeinschaftsunterkunft und die Gemeinschaftsschule gelten. Diese beiden Orte werden zugleich partiell mit Problemlagen verbunden, die eine aktivere Gestaltung von Vielfalt erfordern.

Wenn für Schenefeld insgesamt gilt, dass eher unsichtbare Grenzlinien, aber weniger offene Segregationen bestehen, dann markiert die Gemeinschaftsunterkunft eine Ausnahme von der Regel. Schenefeld hat sich vor allem auf eine dezentrale Unterbringung fokussiert. Die Stadt versucht für Familien im Austausch mit einer örtlichen Wohnungsgesellschaft auch immer wieder, flexible Lösungen zu finden. Allerdings ist die Flexibilität des Wohnungsmarkts in Schenefeld wie andernorts begrenzt (FG1). Die als Containersiedlung angelegte Gemeinschaftsunterkunft beherbergt ausschließlich allein reisende Männer und ist räumlich deutlich segregiert. Ein Befragter pointiert diesen Umstand:

> *„Im Umfeld dieses ganzen Container-Komplexes kann man sagen, damit hat Schenefeld nichts zu tun. Das gehört nicht zu Schenefeld. Das ist exterritorial. Es ist auch nicht angesiedelt in einem Wohngebiet, sondern in einem Industriegebiet" (I1).*

Die Unterkunft wird als „*einer der bestbewachten Räume im Landkreis*" (I1) bezeichnet. Bezogen auf frühere Brände haben sich aber keine Hinweise auf äußere Einwirkungen, etwa Anschläge, ergeben (I2). Die Unterbringungssituation ist zugleich nach innen belastend für die Bewohner*innen und daher konfliktträchtig. Die Herausforderung besteht hier in einer besseren Anbindung der Menschen aus der Unterkunft an die Stadtgesellschaft. Eine derartige Integration kann auch präventive Effekte generieren. In den Interviews wird nämlich von Versuchen einer aufsuchenden Ansprache der Geflüchteten durch Akteure aus muslimischen Hamburger Gemeinden berichtet, die mit Formen religiös begründeter Radikalisierung in Zusammenhang stehen. Wie in der allgemeinen interkulturellen Öffnung liegt auch in diesem besonderen Kontext die Herausforderung einer weitergehenden Vielfaltsgestaltung darin, die Geflüchteten nicht nur aus karitativer Perspektive als Hilfeempfänger*innen zu adressieren, sondern eine weitergehende Sichtbarkeit ihrer Geschichten, Fähigkeiten, Interessen etc. zu unterstützen. Unterhalb dieser anspruchsvollen Schwelle könnten im Handlungshorizont der PfD konkrete Kontakt- und Begegnungserfahrungen im Kontext von Sport und Fußball, ggf. unter dem Dach des Sportvereins, eine Form der Wahrnehmung von Bedarfen der Bewohner*innen signalisieren.

Besonders wichtig und vergleichsweise gut zugänglich für Angebote der PfD ist der Bildungsbereich als Ort der Vielfaltsgestaltung. Die Gemeinschaftsschule erscheint in den Gesprächen als ein zentraler Ort, an dem gesellschaftliche Diversifizierung unmittelbar erfahrbar wird. Es wird berichtet, dass die Schule *„viele, viele Schüler mit Migrationshintergrund"* habe, *„deutlich mehr als früher" (I4)*. Ein Befragter bemerkt insofern, es handele sich *„eher [um] eine Schule …, wie man sie aus Hamburg kennt und nicht so aus einer schleswig-holsteinischen Kleinstadt"* (I2). Als konkrete Herausforderung werden nicht zuletzt Hürden bei der Beherrschung der deutschen Sprache genannt: In manchen Klassen fehlten Deutschkenntnisse oder Kommunikation sei erschwert, weil mehrere Schüler*innen *„ganz viel Unterstützung brauchen"* (I4), um dem Unterricht folgen zu können. Neben konkreten Anforderungen für Lehrkräfte und Schulsozialarbeit legen die Erhebungen nahe, dass die Gemeinschaftsschule auch mit einem Ruf als schwierige Schule zu kämpfen haben könnte. Abgrenzungen seitens des benachbarten örtlichen Gymnasiums werden erwähnt. Die Gesprächspartner*innen formulieren demgegenüber keine einfache Defizitbeschreibung, sondern betonen, dass Vielfalt auch positiv sei, *„wenn man anfängt, also wenn man sich so kennt und miteinander arbeitet"* (I4). Die Schule wird bereits als Präventionsschule beschrieben, die viele unterrichtsbegleitende Aktivitäten umfasst. Zugleich wird ein erhöhter

Bedarf an professioneller Unterstützung und Ressourcen sichtbar, vor allem an Sprachförderung und mehrsprachiger Kommunikation.

Neben Problemen und Bedarfen der Schüler*innen ist die Schule potenziell auch eine Schnittstelle zur Mehrheitsgesellschaft für Schenefelder Eltern. Für die Gemeinschaftsschule werden allerdings typische Herausforderungen der Elternarbeit beschrieben. Bisher ist kein ausreichender Weg gefunden worden, um aus Sprachbarrieren keine Zugangsbarrieren werden zu lassen. Die Hürden, mit Eltern in Kontakt zu treten, seien hoch; teilweise laufe Kommunikation über die Kinder oder den jeweils besser Deutsch sprechenden Elternteil. Damit entstehen Verzerrungen, Unsicherheiten, teils Belastungen für die Kinder und Zugangsbarrieren. Fachkräfte wünschen sich mehr Bewusstsein dafür, *„wie wichtig das ist, sozusagen Sprachschwierigkeiten mit einzubeziehen und Hürden zu überwinden“* (I4). Solche Fragen sind nicht nur pädagogisch relevant, sondern potenziell ebenso demokratiepolitisch: Eltern, die durch Institutionen sprachlich oder kulturell schwer erreicht werden, bleiben auch von Mitsprache, Prävention und Vertrauensbildung ausgeschlossen.

Sowohl im Blick auf die Schüler*innen, die Eltern als auch das Schulpersonal lassen sich damit erhöhte Herausforderungen für die Gestaltung erfolgreicher Lebens- und Bildungswege auffinden. Aus der Perspektive der PfD besteht zugleich der Vorteil einer klaren Adressierbarkeit verschiedener Herausforderungen im Kontext der Gestaltung von Vielfalt.

Eher amorph sind demgegenüber verschiedene Beschreibungen von alltäglichen Konfliktlagen. In den Erhebungen werden immer wieder auch Hinweise auf Alltagskonflikte deutlich: über vermeintlich mangelnde Sorgfalt im Umgang mit öffentlichem Raum (WG), über Themen wie Mülltrennung und Gartenpflege oder über bestimmte übliche Verhaltensweisen des sozialen Umgangs im Nahbereich. Aus der Perspektive der kommunalen Wohnungswirtschaft werden diese Herausforderungen zugleich relativiert. Beschwerden gegenüber neuen Schenefelder Mitbürger*innen hätten sich gegenüber der Zeit um 2015/16 deutlich reduziert, viele Probleme würden die Mieter*innen unter sich regeln (FG 3). Solche Themen und Konflikte sind nicht offen politisch, können aber kulturell aufgeladen werden und als Projektionsfläche für Ablehnung dienen. Inwieweit im Blick auf bestimmte Fragen des Zusammenlebens oder bestimmte (öffentliche) Räume tatsächlich Handlungsbedarf für die PfD bestehen könnte, ist im Rahmen der Situationsanalyse allerdings nicht eindeutig bestimmbar.

Auch grundsätzlich finden sich bezogen auf akute Konfliktlagen, die rassistisch codiert werden könnten, offene Gegenstimmen. Das interkulturelle Zusammenleben im Grundschulbereich wird explizit als gut und gelungen dargestellt. Im Rahmen des Werkstattgesprächs fand sich sogar Widerspruch zur Diagnose eines präsenten Alltagsrassismus. Dennoch: Vielfach werden ungeachtet der bei weitem nicht hoch eskalierten Situation in Schenefeld dennoch vielgestaltige Erscheinungsformen eines niedrigschwelligen Alltagsrassismus gegen Einrichtungen und Personen berichtet, die als migrantisch gelesen werden. Rechtsextreme Symbole und Schmierereien im öffentlichen Raum tauchten *„in letzter Zeit vermehrt“* auf und seien *„früher … nicht so“* präsent gewesen, darunter auch explizit rassistische Parolen wie *„Nix, yallah, yallah, hier wird Deutsch gesprochen“* (FG3). Berichtet wird von Ängsten vor Fremden und Bedrohungsgefühlen, die auch in bürgerlichen Kreisen auftreten, wenn beispielsweise die Vielfalt an Grundschulen mit schlechteren Bildungschancen für die eigenen Kindern assoziiert wird. Rassistische Äußerungen und Wortspiele finden sich an Schulen und gleichfalls unter Schüler*innen. Nachdrücklich wird von antisemitischen Äußerungen und Einstellungen in einer Nachbarschaft berichtet, die das Zusammenleben für weltläufige Zugezogene an die Grenze der Erträglichkeit gebracht haben.

Derartige Einschätzungen machen auf Blindstellen in der Wahrnehmung eines weltoffenen Schenefeld aufmerksam. Sie stellen insofern vielfältige Herausforderungen auch für die PfD dar. Konkret geht es um geeignete Formen der Bearbeitung endemischer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als negatives Spiegelbild von gewachsener Vielfalt und Pluralität. Diese Herausforderungen sind ihrerseits vielgestaltig und beschränken sich nicht auf Fragen

von Herkunft und Nationalität. Sie betreffen auch Fragen wie Antisemitismus, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, Behinderungen (Ableismus) und vieles mehr. Zudem können sie in komplexen und superdiversen Gesellschaften ebenso unter Minderheiten vorkommen: in Form von Islamismus/Salafismus, türkischem Rechtsextremismus, verschiedenen Formen von Antisemitismus oder der Orientierung an autoritären Regimen im internationalen Kontext. Es geht um die offene Wahrnehmung solcher Phänomene, auch um die Schaffung von proaktiven Angeboten für Betroffene, ihre Erlebnisse und Erfahrungen mitzuteilen und zu äußern. Es handelt sich um Kompetenzerwerb und Sensibilisierung von Fachkräften und Institutionen, um Handlungs- und Interventionsverfahren bei Vorfällen bis hin zur Meldung bei Dokumentationsstellen oder der Polizei.

5 RESSOURCEN UND POTENZIALE DER STADT SCHENEFELD

Schenefeld hat die Arbeit im Bereich der Demokratieförderung mit der seit 2025 erfolgten Förderung der Partnerschaft für Demokratie auf eine kontinuierliche und systematische Grundlage stellen können. Die Stadt verfügt damit bereits zu Beginn der PfD über verschiedene Stärken und Ressourcen, die in das Themenfeld eingebracht werden können, obwohl sie noch nicht auf einen langjährigen Erfahrungsschatz hinsichtlich der Umsetzung einer PfD zurückblickt.

5.1 SENSIBILISIERTE UND HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNALPOLITIK

An erster Stelle ist eine kommunalpolitische Kultur zu nennen, die bisher in der Lage war, Problemlagen und Handlungsbedarfe im Themenfeld parteiübergreifend wahrzunehmen und entsprechende Schritte einzuleiten. Für die breite Verwurzelung der Demokratiearbeit stehen exemplarisch die einstimmige und parteiübergreifende Verabschiedung des Ratsbeschlusses „Resolution gegen Rechtsextremismus“ am 21.03.2024 (Stadt Schenefeld 2024) sowie das breite Unterstützerspektrum des Demokratie-Bündnisses „Typisch Schenefeld, Wir l(i)eben Demokratie“. Eine Sensibilität und Aufgeschlossenheit für das Handlungsfeld lassen sich insofern bereits vor der formellen Beantragung der Partnerschaft für Demokratie konstatieren.

Im Hintergrund dieser Aufgeschlossenheit und Handlungsbereitschaft können verschiedene Einzelpersonen ausgemacht werden, die als „deutungsmächtige Akteur*innen“ vor Ort Einfluss mobilisieren und Zugang zu lokalen Netzwerken haben. Diese deutungsmächtigen Akteur*innen und lokalen Einflusseliten haben untereinander – soweit sich das im Rahmen einer Situations- und Ressourcenanalyse bewerten lässt – ein tragfähiges und belastbares, auf persönlichem Vertrauen beruhendes Kooperationsverhältnis. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich im weiteren Aufbau der Partnerschaft für Demokratie auch unterschiedliche Perspektiven und Zugänge bemerkbar machen. Für den Anfang der PfD sind die Verbindung von Engagement und Unterstützung der PfD durch die kommunalen Spitzen – insbesondere auch die Bürgermeisterin der Stadt – und eine breite Vernetzung jedenfalls eine solide Ausgangsbasis.

Als genuin kommunalpolitische Akteure, die Anliegen der PfD vor Ort unterstützen können, sind insbesondere die politischen Parteien zu nennen. Allerdings gehört es zur für Schenefeld charakteristischen politischen Kultur, dass persönliche und lösungsorientierte Vertrauensbeziehungen von Einzelpersonen im kommunalen Kontext programmatische parteipolitische Unterschiede bisher haben überbrücken können. Derzeit repräsentiert die parteipolitische Unterstützung also den erheblichen Teil der kommunalpolitischen Akteure und umfasst auch nicht parteiförmige Kräfte wie die Wählervereinigung Bürger für Bürger.

5.2 ENGAGIERTE VEREINS- UND AKTEURSLANDSCHAFT

Ungeachtet des kleinstädtisch geprägten Raumkontextes verfügt Schenefeld zudem über eine Vielzahl von Vereinen und Initiativen, die bereits zu Beginn der PfD Unterstützung für deren Anliegen und Zielstellungen signalisiert haben. Nicht alle Vereine und Einrichtungen in Schenefeld (für eine Übersicht vgl. Stadt Schenefeld o.J.) sind bereits aktiver Teil des Bündnisses für Demokratie: Schlüsselakteure sind aber eingebunden oder im Gespräch mit der PfD.

Standort der Koordinierungs- und Fachstelle der PfD (KuF) ist zunächst das JUKS, das Jugend- und Kulturzentrum Schenefeld. Dessen Träger, die JUBIKU gGmbH – Gemeinnützige Gesellschaft zur Kinder- und Jugendpflege, Bildungs-, Freizeit- und Kulturarbeit mbH – ist zugleich auch Träger der KuF. Das JUKS ist als Betrieb in kommunalem Eigentum kein zivilgesellschaftlicher Akteur. Es stellt als Veranstaltungsort, als Ort für Treffen und Besprechungen, als Anbieter von Kinder- und Jugendarbeit und als Ort von sozialen Angeboten wie dem Willkommenscafé für Geflüchtete oder dem Repair Café der Stadt aber eine auch für die Demokratieförderung

essenzielle Infrastruktur zur Verfügung. Auch Angebote für Erwachsene und Senior*innen finden Platz im generationenübergreifend angelegten Angebot des JUKS. Neben einem multifunktionalen Bau, der Möglichkeiten für professionelle Kulturveranstaltungen bietet, verfügt das JUKS über einen großzügig bemessenen Außenbereich, der potenziell für Veranstaltungen der PfD genutzt werden kann. Das JUKS ist damit geeignet, der Partnerschaft für Demokratie neben einem Standort für die KuF auch eine räumliche Adresse zu geben, sein Profil als Jugend- und Kulturzentrum in diesem Sinn um eine Rolle als lokales Demokratiezentrum zu erweitern.

Ein Mitglied des Demokratie-Bündnisses und wichtiger Unterstützer der Demokratiearbeit in Schenefeld nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht ist auch der örtliche Rotary-Club. Rotary-Clubs verbinden programmatisch die berufliche Vernetzung von oftmals hochqualifizierten, in verantwortungsvollen Aufgabenbereichen tätigen Personen mit karitativem und sozialem Engagement. In Schenefeld sind die Rotarier*innen integraler Teil der Demokratiearbeit und bringen sich in Form von tatkräftigem Engagement sowie finanzieller Unterstützung ein. Mit den Young Rotary verfügen sie außerdem über eine aktive Nachwuchsorganisation. Der Rotary Club wirkt mit eigenen Formaten wie einer Geschenkaktion für Geflüchtete oder einem sogenannten Entenrennen, das unterschiedliche Menschen zusammenbringt, auch in die Stadtgesellschaft hinein. In den Erhebungen finden sich verschiedene Hinweise, dass die lokale Gliederung des Rotary Club möglicherweise besonders ausgeprägte Affinitäten und überdurchschnittliches Engagement im Themenfeld an den Tag legt. Zugleich finden sich überregional vereinzelte Entwicklungen in ähnlicher Richtung wie der Rotary-Themen-Club „Demokratie leben“ (Rotary o.J.). Insgesamt könnte sich hier eine gewisse Erweiterung des für Partnerschaften für Demokratie ansonsten oftmals typischen Akteurs- und Bündnisspektrums abzeichnen.

Ein markanter Bestandteil der Schenefelder Zivilgesellschaft sind zudem sozial unterstützende karitative Einrichtungen wie die Schenefelder Tafel e.V. oder der Verein Glücksgriff – der soziale Kreislauf e.V. Beide Einrichtungen gehören dem Unterstützerbündnis des Bündnisses an. Die Schenefelder Tafel setzt vor Ort das bekannte Konzept der Verteilung überschüssiger Lebensmittel an sozial Bedürftige um. Der Verein Glücksgriff betreibt neben dem örtlichen Repair-Café zwei spendenbasierte Secondhandläden, mit deren Einnahmen soziale Projekte unterstützt werden. Um den Verein Glücksgriff organisiert sich ein umfangreiches Netzwerk von zahlreichlichen Ehrenamtlichen. Netzwerke des Engagements sind wichtige Stützen der Stadtgesellschaft mit Zugängen zu weitgefächerten Personengruppen und damit auch eine potenzielle Ressource für die PfD.

5.3 LEBENDIGE ANGEBOTE DER KLASSISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT

Schenefeld ist zudem Standort von klassischen Säulen der Zivilgesellschaft, von Kirchengemeinden, einem Sportverein und der Freiwilligen Feuerwehr sowie der Jugendfeuerwehr. Auch diese Akteure können Beiträge in den Handlungsfeldern der Partnerschaft für Demokratie leisten, sind für die PfD Ressourcen und potenzielle Bündnis- und Allianzpartner.

Die Feuerwehr Schenefeld gehörte in der Anfangsphase der PfD zum Unterstützernetzwerk und kann auch logistische sowie organisatorische Unterstützung bei Veranstaltungen wie dem Fest der Demokratie beisteuern. Die Jugendfeuerwehr zählt vor Ort zudem zu den gefragtesten Angeboten für Jugendliche und führt daher Wartelisten. Sie kann in einem weiteren Sinn also als kommunales Good-Practice-Beispiel für erfolgreiche Jugendbeteiligung gelten, ein Schlüsselthema der PfD. Grundsätzlich ist Demokratie- und Vielfaltsarbeit auch ein verbandlich anerkanntes Thema der Feuerwehren in Deutschland. Um diese Ressource ebenso für Schenefeld nachhaltig fruchtbar zu machen, scheinen zum Zeitpunkt der Situations- und Ressourcenanalyse teilweise weitergehende Klärungen hinsichtlich der Bedeutung des Neutralitätsgebots der Feuerwehr geboten. Es finden sich Hinweise, dass die Feuerwehr von einer Beteiligung mit der Begründung Abstand nehmen könnte, nicht als politischer Akteur wahrgenommen werden zu wollen. Derartige angenommene Rollenkonflikte finden sich nicht nur in Schenefeld.

Grundsätzlich bieten Selbstverständnisse und verbandliche Aktivitäten der Feuerwehrverbände auf Bundesebene und in Schleswig-Holstein jedoch eine belastbare Grundlage für Kooperationen und gemeinsame Projekte.

Auch der Sportverein Blau-Weiß 96 gehört zu den frühen Unterstützern des Schenefelder Bündnisses für Demokratie. Seine Umsetzung einer Satzungsänderung im Blick auf Vorkehrungen gegen diskriminierende und rassistische Vorfälle im Sport kann als Best-Practice-Beispiel für ein engagiertes Eintreten für Fairplay und Gleichberechtigung gelten. Schnittstellen zu den Themen der PfD bestehen in doppelter Hinsicht: Die Erweiterung und Anpassungen von Vereinssatzungen sind gute Beispiele, wie *durch* den Sportbereich Resilienz gegen antidemokratische Strömungen aufgebaut werden kann. Zugleich finden sich im Portfolio von Blau-Weiß 96 integrative Angebote, mit denen beispielsweise Geflüchtete und Schenefelder*innen in sportlichen Aktivitäten Gemeinsamkeiten entdecken können. Im Sport wird damit Vielfalt gelebt und Toleranz und Respekt werden erlernt. Hier bietet der Sportverein insbesondere im Blick auf die Themen Flucht und Zuwanderung sowie gesellschaftliche Vielfalt mit seiner Breitenwirkung sehr gute Ausgangsbedingungen für Kooperationen mit der PfD. Sportbezogene Maßnahmen können einen produktiven Resonanzraum bieten sowohl für Beteiligungsangebote als auch für die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen der PfD – insbesondere mit Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung.

Neben ihren genuin religiösen und sozial-karitativen Angeboten oder integrativen Angeboten für Kinder und Jugendliche, Familien oder ältere Menschen sind die Kirchengemeinden in Schenefeld nicht zuletzt als Ressourcen insbesondere für PfD-Themen im Bereich der Vielfaltsgestaltung von Bedeutung. Sie verfügen hier über ausgewiesene Vorerfahrungen und Zugänge, deren Übertragbarkeit auf Aktivitäten der PfD zu prüfen wäre. Vor allem die Betreuung von Geflüchteten in der örtlichen Gemeinschaftsunterkunft durch die Diakonie ist an dieser Stelle zu nennen. Zudem leisten sie Beiträge im Rahmen ihrer Gemeinwesenarbeit – bspw. Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Familien. Zu den direkten Unterstützenden des Schenefelder Bündnisses gehören gleichermaßen die evangelische Stephanskirchengemeinde und die Paulskirchengemeinde, die katholische St.-Bruder-Konrad-Gemeinde sowie die evangelisch-freikirchlichen Josua- und Ansgar-Gemeinden in Schenefeld. Lokale Vertretungen anderer Religionsgemeinschaften finden sich in Schenefeld nicht, stehen insofern auch nicht in vergleichbar direkter Form als Kooperationspartner zur Verfügung.

5.4 KOMMUNALE BETEILIGUNGSFORMATE

Zu den Mitgliedern des Bündnisses für Demokratie zählen ebenfalls Einrichtungen wie der Schenefelder Kinder- und Jugendbeirat, der Seniorenbeirat oder das Freiwilligenforum. Hier geht es um Formate, die Mitwirkung und Beteiligung oder auch soziales Engagement selbst als zentrale Zielstellungen verfolgen. Ausgeprägte Schnittmengen zur PfD bestehen insofern bereits auf inhaltlicher Ebene, es finden sich aber auch konkrete und praktische Berührungspunkte. Im Rahmen der Situations- und Ressourcenanalyse ist vor allem der Kinder- und Jugendbeirat (KJB) in den Fokus getreten. Er repräsentiert wie die PfD – insbesondere ihr Schulprojekt „Demokratietag“ – oder die Schenefelder Bürgerkongresse Infrastrukturen der Beteiligung und gelebten Demokratie. Diese nicht zuletzt durch das Engagement der Bürgermeisterin etablierten Formate lassen sich als zentrale lokale Schlüsselressourcen für die PfD bewerten. Ihre Verbindung und ihr Zusammenwirken bieten die Chance zum Aufbau einer „kritischen Masse“ und eines lokalen Biotops der kommunalen Beteiligung.

Zugleich haben sich im Zuge der Befragungen Hinweise darauf ergeben, dass die Beteiligungsformate nicht nur eine Ressource, sondern umgekehrt auch ein dankbares Investitionsfeld für Ressourcen der PfD sein könnten. Lokale Beteiligungsprozesse sind keine Selbstläufer, sondern erfordern Pflege und Begleitung – gerade in der Altersgruppe von Kindern und Jugendlichen. Den ausgeprägten Potenzialen des KJB stehen damit auch ausgeprägte Bedarfe

gegenüber: eine strukturelle und fachlich-inhaltliche Begleitung, ggf. ebenso Angebote zur Qualifizierung und individuellen Weiterentwicklung der Engagierten (Projektmanagement o.Ä.) sowie deutliche Ermutigung und Rückhalt.

5.5 SOZIALBERUFLICHE FACHLICHKEIT IN JUGENDARBEIT UND SCHULE

Die Landschaft von Initiativen, Vereinen und Angeboten, die der PfD in Schenefeld als Ressourcen zur Verfügung stehen, ist vielgestaltig und ein guter Ansatzpunkt für weitergehende Schritte. Deutlich übersichtlicher ist allerdings der Kreis von Einrichtungen, die eine für das Handlungsfeld der PfD themenspezifische Professionalität und Fachlichkeit einbringen können. Wird von kirchlichen Kompetenzen der Gemeinwesenarbeit abgesehen, dann erscheinen vor allem das JUKS und die die KuF tragende JUBIKU gGmbH mit ihrer fachlichen Verankerung in der Kinder- und Jugendarbeit als besonders einschlägig. Träger oder Vereine aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich mit ausgewiesener Expertise im Bereich der Demokratiearbeit, der politischen Bildung oder der Auseinandersetzung mit Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), beispielsweise mit Rassismus, Antisemitismus oder Queerfeindlichkeit, bestehen vor Ort nicht, obwohl davon ausgegangen werden kann, dass sie nicht nur für Jugendliche in Schenefeld von Bedeutung sind. In Schleswig-Holstein landesweit aufgestellte, dezentrale Strukturen mit Regionenzuständigkeit wie die Regionale Beratung oder die Opferberatung scheinen Schenefeld möglicherweise aufgrund der engen Verwobenheit mit Hamburg nicht zu übersehen, aber doch eher aus dem Augenwinkel zu betrachten.

Aufgrund der spezifischen pädagogischen, sozialarbeiterischen, aber auch fachlichen (Politik, Geschichte etc.) Kompetenzen bieten sich die Ressourcen der Schulen in Schenefeld daher für die weitere Aufstellung der PfD nachdrücklich an. Neben den beiden Grundschulen (Gorch-Fock-Schule und Grundschule Altgemeinde) gehören dazu das Gymnasium Schenefeld und die Gemeinschaftsschule Achter de Weiden. Insbesondere das soziale Lernen an Schulen und der Aufgabenbereich der Schulsozialarbeit sind als Ressourcen und Bündnispartner der PfD in Rechnung zu stellen. Ganz konkret gehören dazu auch Aktivitäten in Grenzgebieten der Demokratiearbeit, bspw. in der Gewaltprävention. Der Glücksgriff e.V. fördert in diesem Sinn an beiden Grundschulen die Umsetzung des evidenzbasierten Gewaltpräventionsprogramms „Klasse 2000“. Neben dem „Demokratietag“ ist auch das schulformenübergreifend angelegte PfD-Projekt „Song für Schenefeld“ ein Musterbeispiel für solche schulbezogenen Ansätze der Demokratieförderung – hier unter Einbindung künstlerischer Expertise. Zu einer tragenden Ressource kann sich dieses Projekt entwickeln, wenn es sich als veränderliches, aber zugleich stehendes, fortgeführtes Format der schulformübergreifenden Zusammenarbeit etabliert: Theater, Film und Video, Graffiti und Street Art oder auch lokalhistorische Recherchen und Ausstellungen – das Repertoire muss sich hier nicht auf Musik und Rap beschränken.

In ihrer bisherigen Entwicklungsphase hat die PfD Schenefeld in besonderem Maße auf den Ausbau ihrer Reichweite gesetzt. Das Demokratiefest im öffentlichen Raum unmittelbar vor dem Schenefelder Rathaus steht dafür exemplarisch. Neben dem öffentlichen Raum, dem Rathaus und JUKS lassen sich weitere Örtlichkeiten als potenzielle Ressourcen im Sinne von „Alltagsorte des sozialen Zusammenhaltes“ (Manthe 2024b, 2024a) identifizieren. Das zentrale Forum im Stadtzentrum Schenefeld „Staddi“ befindet sich in kommunalem Eigentum bzw. steht kommunalen Nutzungen zur Verfügung. Im Blick auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten in allen Jahreszeiten bietet dieser Ort einen hochfrequentierten Kontaktpunkt zur Schenefelder Bevölkerung. Begegnungsorte wie das „Staddi“ haben im vor- und kleinstädtischen Raum auch sozialintegrative Funktionen. Die Ansiedlung eines Sozialkaufhauses des Vereins Glücksgriffs ist ein Beispiel für eine Nutzungsöffnung von primär gewerblich geprägten Flächen. Als weiterer Veranstaltungsort besteht das Forum Schenefeld, das als Teil der weiterführenden Schulen auch vom JUKS für Programmveranstaltungen genutzt wird.

5.6 BENACHBARTE PFD UND ÜBERREGIONALE UNTERSTÜTZUNGSSTRUKTUREN

Grundsätzlich stehen der PfD Schenefeld in Schleswig-Holstein auch überregionale Strukturen und Netzwerke für fachlichen Austausch und Unterstützung zur Verfügung. Die Koordinierungs- und Fachstelle beteiligt sich bereits insbesondere am Austausch mit anderen PfD. Potenziell könnte vor allem die PfD der Stadt Pinneberg eine Ressource für Kooperation, Vernetzung und fachlichen Austausch darstellen. Überregionale Angebote wie das Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein, die Opferberatung ZEBRA e.V. – Zentrum für Betroffenen rechter Angriffe sowie LIDA-SH landesweite Informations- & Dokumentationsstelle Antisemitismus in Schleswig-Holstein – oder auch andere überregional tätige Träger – spielen nach Einschätzung der Situations- und Ressourcenanalyse derzeit noch keine systematische Rolle im Aufbau der PfD Schenefeld. Insbesondere hinsichtlich der eher dünnen Landschaft von genuin im Handlungsfeld der PfD ausgewiesenen zivilgesellschaftlichen Trägern sind in dieser Richtung bisher ungehobene Ressourcen bezogen auf den Erfahrungstransfer und die interne Qualifizierung der noch neuen PfD und ihres Bündnisses zu veranschlagen. Die unmittelbare Nähe zur Hansestadt Hamburg könnte im Blick auf Kooperationen auch weitere Optionen eröffnen. In der Umsetzung des oben genannten Projekts „Song für Schenefeld“ wurde eine entsprechende künstlerisch-musikalische Expertise aus Hamburg und Schenefeld selbst bereits herangezogen. Auch die Angebote und Infrastrukturen des großstädtischen Kontextes sind also anlassbezogen potenzielle Ressourcen für die Schenefelder PfD. Das gilt selbstverständlich ebenso für Infrastrukturen aus „Demokratie leben!“, die nicht Teil der bundeslandbezogenen Vernetzung sind, bspw. Partnerschaften für Demokratie aus Hamburg.

5.7 EXTERNE BERATUNG DER PFD

Netzwerke der die PfD tragenden Akteure haben in ihrer Vorbereitungs- und Anfangsphase auch die Ressource der fachlichen Expertise eines themenspezifisch ausgewiesenen Coachs, Supervisors und Beraters erschlossen, der bereits mehrere PfDs begleitet hat (I1). KuF und lokales Bündnis für Demokratie umfassen bereits verschiedene Mitglieder, die über Expertise im Bereich bspw. des Projekt- und Veranstaltungsmanagements verfügen. Die Professionalität und Zielgerichtetheit in der eigenständigen Konzeption und Umsetzung auch größerer Veranstaltungen gehören hier eindeutig auf die Haben-Seite der PfD in ihrer aktuellen Gestalt. Bezogen auf fachliche Kompetenzen in den Handlungsfeldern von „Demokratie leben!“ könnten aber sowohl Träger aus überregionalen Kontexten als auch fachlich ausgewiesene Coaching- und Beratungsoptionen eine ergänzende, fruchtbare Ressource bieten.

Ungeachtet der Plausibilität, die eine Hinzuziehung externer, mit dem Programm „Demokratie leben!“ vertrauter Expertise in der Aufbauphase einer neuen PfD hat, ist dieses Arrangement mittlerweile ausgelaufen. Damit entfällt bis auf weiteres eine Ressource für die PfD, die zugleich nicht über eine themenspezifisch in der Demokratiearbeit ausgewiesene Trägerlandschaft in der Stadt ausgeglichen werden kann. Einerseits schwinden damit fachliches, programmbezogenes Wissen und überregionale Kenntnisse aus anderen PfDs, die für die Strategieentwicklung vor Ort wichtig werden können. Andererseits geht ein Blick von außen auf die Situation in Schenefeld verloren, der produktive Reibung mit den Selbstverständnissen der die PfD tragenden Netzwerken generiert – gute Begleitung konfrontiert auch mit Blindstellen und Vereinseitigungen.

Insgesamt könnte die PfD insofern vermutlich weiterhin von der Ressource eines kritischen Unterstützungs- und Reflexionsmechanismus in der gewohnten oder auch einer veränderten Form profitieren. Es geht dabei um die Weitung strategischer Horizonte und eine umfassende Wahrnehmung möglicher Handlungsoptionen. Im Laufe der Situations- und Ressourcenanalyse hat sich jedenfalls verschiedentlich der Bedarf sowohl an einer analytischen Perspektive auf die Stadt wie auch einer verbesserten Berücksichtigung von Lebensrealitäten gezeigt, die den Netzwerken der PfD selbst bisher fremd und wenig zugänglich sind. Zugleich sollte weiterhin

sichergestellt bleiben, dass Zuständigkeiten hinsichtlich der Steuerung und Koordinierung der PfD klar und transparent definiert sind. Nach der erfolgreichen Implementationsphase ist die Stärkung einer gut und eigenständig arbeitsfähigen KuF als strategischem und operativem Zentrum der PfD ein zentraler Maßstab, an dem sich auch die Mobilisierung flankierender Ressourcen rechtfertigen muss.

Inwieweit örtliche Institutionen Expertise bspw. im Feld der politischen Bildung einbringen können, kann an dieser Stelle nur als Frage formuliert werden. Schenefeld verfügt jedenfalls über eine Stadtbibliothek und eine Volkshochschule (VHS). Es bedürfte weitergehender Recherchen, um deren potenzielle Beiträge im Handlungsfeld der PfD zu konturieren. Fragen der Demokratiebildung sind im Angebot der Volkshochschule allerdings wenig repräsentiert. Möglicherweise könnten sich Querschnittskompetenzen der VHS aber als wertvoll erweisen. Die VHS bietet beispielsweise 2026 die Veranstaltungsreihe „Frauen Kochen International“ an. Im Rahmen der Erhebungen zur Situations- und Ressourcenanalyse sind die Potenziale kulinarischer Vielfalt mehrfach hinsichtlich der Begegnungsformate von Schenefelder*innen unterschiedlicher Herkunft benannt worden – im Blick auf internationale Food-Feste, die – ergänzt um themenspezifische Elemente – Vielfalt positiv erlebbar machen.

Die Infrastrukturen von Engagement in Schenefeld erschöpfen sich nicht in den genannten Einrichtungen. Zugleich ist eine Frage der zukünftigen Entwicklung der PfD, inwieweit und in welcher Form sich weitere lokale Einrichtungen in die Aktivitäten der PfD einbringen. Sie bewegen sich in Schenefeld in Rufweite der PfD, sind aber thematisch im Kern keine Akteure der Demokratiearbeit. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit gehören dazu die Initiative „Schenefeld im Wandel“ sowie die Wohltätigkeitsorganisation „Schenefelder Zirkel“. Die Initiative „Schenefeld trifft Voisins“ zur Pflege der Städtepartnerschaft und des interkulturellen Austauschs hat zeitlich parallel zur Erstellung der Situations- und Ressourcenanalyse einen Antrag an die PfD erstellt. Zu nennen sind auch die Kulturstiftung Schenefeld KUSS, das Theater Schenefeld und das Kunsthaus Schenefeld sowie lokale Gliederungen des Naturschutzbundes Nabu oder der AWO. Die PfD steht zudem mit der international ausgerichteten Forschungsinstitution European XFEL im Austausch, der zukünftig zu Projekten oder Kooperationen führen könnte. Der Kleingärtnerverein Schenefeld, das inklusive Wohnprojekt Weggefährten e.V. sind als weitere lokale Organisationen im Bündnis der PfD vertreten.

6 HANDLUNGSBEDARFE UND EMPFEHLUNGEN

Die Situationsanalyse zeigt Schenefeld als eine stabile und sozial integrierte Gemeinde, die sich in einem Prozess des langsamen sozialen Wandels befindet. Dieser soziale Wandel vor Ort und die Wahrnehmung krisenhafter überregionaler und internationaler Prozesse induzieren Prozesse, die sich in der Kerndiagnose von Demokratieskepsis und Demokratiedistanz bündeln: einer Distanzierung bis Aversion gegenüber demokratischen Prozessen und demokratischer Beteiligung, deren Erosion und Aushöhlung sich allerdings weitgehend unabhängig von schwerwiegenden, strukturell begründeten sozialen Problemlagen vor Ort vollziehen. Ein „staatsbürgerlicher Privatismus“ (Habermas) in Form des Rückzugs aus öffentlichen Angelegenheiten ist im Unterschied zu strukturschwachen, abgekoppelten Räumen in Schenefeld weniger Ergebnis von schmerzhaften Abstiegs- und Verlusterfahrungen, sondern kann sich durchaus mit guten Karrieren, Eigenheimbesitz und dem Fokus auf ein lebenswertes Privatleben verbinden. Eine bundesweit vergleichende Raumtypologie zu Aspekten demokratischer Aktivierung ordnet den Landkreis Pinneberg entsprechend dem Typus „besser gestellte Pendlerregionen“ zu (Becker et al. 2024, 29f.)

Grundsätzlich begründet diese Ausgangskonstellation daher in erster Linie Bedarfe an präventiven und integrativen, Zugehörigkeit stiftenden Aktivitäten, an der Aktivierung und Einbindung der Stadtgesellschaft. Demgegenüber lässt sich derzeit ein im Vergleich zu anderen Regionen noch geringer ausgeprägter Bedarf an intervenierenden Zugängen, wie der Entwicklung von Schutzangeboten für exponierte Akteure erkennen. Da Fragen von Schutz und Resilienz im Rahmen der bundeszentralen Programmentwicklung und des Fragenkatalogs zur Situations- und Ressourcenenanalyse derzeit verstärkt in den Blick genommen werden, folgen daher ungeachtet ihrer vor Ort nachgeordneten Relevanz abschließend kurze Ausführungen auch zu diesem Themenbereich.

6.1 BETEILIGUNG FÖRDERN – DEMOKRATIE ERFAHRBAR UND ATTRAKTIV GESTALTEN

Im Kern der PfD Schenefeld steht allerdings insbesondere das Ziel, Demokratie im kommunalen Raum erfahrbar und attraktiv zu gestalten. Dazu sind Dialog- und Beteiligungsformate durch die Stadt Schenefeld in Ansätzen bereits entwickelt und erprobt. Ihre Sicherung, Stärkung und Weiterentwicklung sind daher zentrale Bedarfslagen, auf die sich die PfD richtet.

Die Abwendung von Demokratie und Politik zieht sich nämlich als roter Faden durch die Erhebungen der Situationsanalyse. Sie reicht von massiv geschwundenem Interesse an öffentlichen Sitzungen von Stadtrat und Gemeindeverwaltung (I3) über Berührungsscheu gegenüber Angeboten der PfD im Bürgertum der Stadt (AG 1) bis hin zu erheblicher Politikdistanz unter Jugendlichen, die zwar auch in diskriminierende oder extremistische Haltungen übergehen kann, sich aber mehr noch in Abwendung und Desinteresse äußert (FG 2). Dieser weithin geteilten Diagnose lassen sich auch Gegenbewegungen gegenüberstellen: etwa die Neugründung einer lokalen Gruppe einer parteigebundenen Jugendorganisation oder das Engagement von einigen Jugendlichen im Kinder- und Jugendbeirat. In Teilen wird aber bereits auf die Gefahr einer Überforderung oder Überlastung solcher engagierter Jugendlicher hingewiesen.

Die PfD sollte sich hier als Partner für Schulen und zivilgesellschaftliche Organisationen anbieten, Kinder- und Jugendbeteiligung strategisch weiterzuentwickeln. Schulsozialarbeit und offene Ganztagsangebote wurden im Rahmen des Werkstattgesprächs als mögliche Brücken genannt. Angebote in Richtung von Schulen und Jugendlichen können unter dem Dach der PfD nach Einschätzung des Werkstattgesprächs auch ein breites Spektrum präventiver Themen ansprechen: die Befassung mit Aggression und Gewalt, die Thematisierung von Wut und Ängsten im Blick auf Fragen von Mental Health und den Umgang mit eigenen Gefühlen, auch Wissen über sexuelle Vielfalt, Queerness und Queerfeindlichkeit sowie andere Aspekte von Diskriminierung

und Toleranz (bspw. im religiösen Kontext) – entscheidend ist hier allerdings die Passung zu den Bedarfen und Interessen der Jugendlichen selbst.

Jenseits dieses breiten Spektrums an Optionen steht im Kern aber das Thema der Jugendbeteiligung. In diesem Bereich kann das Motto „Stärken stärken“ Orientierung bieten: Der Tag der Demokratie, der Kinder- und Jugendbeirat oder – altersgruppenübergreifend – die Bürgerkonferenzen ermöglichen in Schenefeld Ansatzpunkte, an denen die Handlungsstrategie der PfD mit dem Jugendforum anknüpfen kann, anstatt Parallelstrukturen zu entwickeln. Angebote zur Unterstützung und Qualifizierung der engagierten Kerngruppen, finanzielle Unterstützung in der Art eines Jugendfonds für im Rahmen des Tags der Demokratie formulierte Ideen und Wünsche, digitale Tools und Instrumente, um entwickelte Ideen mit größerer Reichweite in Vereinen und an Schulen zur Abstimmung zu stellen: Eine Qualitätsoffensive für kommunale Beteiligung insbesondere junger Menschen in Schenefeld würde einen zentralen Bedarf treffen. Einerseits ist die PfD genau für diese Vorgehensweise geschaffen und nominiert. Als Prüfgesichtspunkt für die weitere Entwicklung könnte jedoch auch eine konzeptionelle Festigung der bisherigen Strategien stehen – eingeleitet beispielsweise durch einen Austausch und eine Beratung mit der bundesweiten Servicestelle Jugendbeteiligung oder mit im Themenfeld aktiven Stiftungen. Die Berücksichtigung von Fragen der Qualitätssicherung und Wirkungsorientierung könnte die bestehende Praxis in Schenefeld jenseits von Inselmaßnahmen und unbestimmten Beteiligungswirkungen qualitativ weiterentwickeln.

6.2 ERHÖHUNG VON SICHTBARKEIT UND REICHWEITE DER DEMOKRATIEARBEIT IN SCHENEFELD

Hinsichtlich des Schwerpunktes der PfD im Bereich präventiver Maßnahmen ist eine der zentralen Bedarfswahrnehmungen der lokalen Akteure die Erhöhung der Reichweite der Demokratieförderung, also die Ansprache und das Mitnehmen auch von Bürger*innen, die sich abgewandt haben oder desinteressiert sind. Die öffentlichkeitswirksamen Formate der PfD sollen hierzu einen Beitrag leisten – das Demokratiefest 2026 hat entsprechend die Besuchendenzahlen gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern können. Im Blick auf diagnostizierte Strukturveränderungen der lokalen Öffentlichkeit (I3) – Krise des Lokaljournalismus, Bedeutungsgewinn digitaler Foren, Bedarf an „dritten Orten“ der Begegnung – ist zudem die Sichtbarkeit der PfD und der themenspezifischen Angebote ein wichtiger Bedarf. Die PfD ist bereits über eine eigene Webseite und einen Instagram-Kanal sichtbar, auch weiterreichende Projektkonzepte in Form lokaler sozialer Netzwerke waren schon Thema in den internen Gremien. Im Rahmen des Werkstattgesprächs wurden die Fortschreibung und der Ausbau dieser Schritte angeregt: Die digitale Präsenz demokratischer Initiativen sollte gefördert werden, auch die PfD selbst digital aktiv sein. Konkret wurde eine Einbindung entsprechender Angebote in die Schenefeld-App angeregt, die zentrale digitale Plattform der Stadt, die im Mai 2026 gestartet wurde. Soweit ersichtlich, ist diese Einbindung in sehr elementarer Form nach dem Start der App bereits erfolgt. Auseinandersetzungen um eine Digitalstrategie der Stadt Schenefeld können in diesem Sinne auf das Handlungsfeld der PfD übertragen werden. Insbesondere im Bereich der Jugendbeteiligung bestehen hier gleichermaßen Bedarfe wie Ansatzpunkte und Potenziale. Bedarfe an jugendgemäßen, attraktiven und zeitgemäßen Projektformaten wurden in den Erhebungen vielfach geäußert. Digitale Tools zur Vorbereitung und Begleitung des Tags der Demokratie an Schulen oder zur Entwicklung, Bewertung und Auswahl eines schulübergreifenden Nachfolgeprojektes für den „Song für Schenefeld“ könnten Schritte in diese Richtung darstellen. Onlinebasierte digitale Bedarfserhebungen lassen sich bspw. in einfacher Form auch mit offenen, niedrigschwelligen Tools erstellen.

Das Werkstattgespräch hat ebenso die Frage der Erstellung eigener medialer Inhalte durch die PfD aufgeworfen (Podcast, Kolumne etc.). Ungeachtet der genannten Bedarfe an Sichtbarkeit und Reichweite für die PfD und ihre Anliegen stellen sich hier angesichts der Besetzung der

KuF weniger Kompetenz- als Ressourcenfragen. Die PfD ist selbst kein Medienangebot zur Stärkung demokratischer Diskurse und sollte diesen Anspruch auch nicht erheben. Insbesondere im Blick auf Jugendliche ist aufbauend auf der erfolgreichen Erfahrung des mit Begleitung durch Jugendliche erstellten „Songs für Schenefeld“ ein breites Spektrum von Projektideen im Sinne einer Medienwerkstatt denkbar: Die Erstellung von Podcasts, Videos über Schenefeld oder Interviews mit engagierten Demokrat*innen der Stadt wäre eine Option, um den genannten Bedarfen entgegenzukommen und zugleich Medienkompetenzen zu vermitteln.

Die Bedarfsmeldungen an Reichweite und Sichtbarkeit der PfD und demokratischer Werte haben sich im Zuge der Erhebung auch auf den physischen Raum der Stadt Schenefeld erstreckt. Zur Ansprache und für Einbindungen von Einrichtungen sowie Gewerbetreibenden wurde die Projektidee einer Kampagne zu Orten der Demokratie aufgebracht. Durch das sichtbare Anbringen eines Plakats, einer Plakette o.Ä. sollten sich konkrete Örtlichkeiten als Ort der Demokratie für Schenefeld zu erkennen geben. Stärker inhaltlich gerichtet sind Überlegungen, Kernwerte und Grundprinzipien der Demokratie in Form einer Kampagne im öffentlichen Raum über einen längeren Zeitraum sichtbar zu machen – bspw. über Transparente am Kirchturm: Werte wie Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Volkssouveränität. Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit können Sichtbarkeit generieren, sind hinsichtlich ihrer Wirkpotenziale auf Einstellungsmuster jedoch nicht mit realen Beteiligungserfahrungen zu vergleichen. Grundsätzlich bieten entsprechende Kampagnenkonzepte aber auch Anlässe zum Ausbau der Netzwerke der PfD in Richtung einer stärkeren Einbindung der oftmals themenfremden zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sowie von Gewerbetreibenden vor Ort. Auch hier ist selbstverständlich eine Verzahnung mit den angeregten digitalen Aktivitäten vorstellbar.

6.3 AUSEINANDERSETZUNG MIT DIVERSITÄT UND VIELFALTSGESTALTUNG

Schenefeld präsentiert sich in seiner Selbstdarstellung selbstbewusst als weltoffene und vielfältige Stadt, in der Menschen aus mehr als 100 Nationen leben. Die Pluralisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung bezogen auf ihre Herkunft haben in Schenefeld selbst ganz unterschiedliche Erscheinungsformen. Sie reichen von Fluchtmigration und Menschen in Gemeinschaftsunterkünften oder dezentralen Wohnungen bis zu integrierten und erfolgreichen Berufstätigen oder hochqualifizierten Selbstständigen in den Eigenheimgebieten der Stadt. Eine räumliche Konzentration oder Segregation von ethnisch geprägten Quartieren lässt sich nicht in erheblichem Maße erkennen, das gilt auch für die Wohnbestände der kommunalen Wohnungsgesellschaft.

Die im Rahmen der Situationsanalyse aufgeworfene Zunahme alltagsrassistischer Übergriffe zeigt wichtige Bedarfe auch für die Arbeit der PfD. Dennoch deuten verschiedene Hinweise darauf hin, dass nicht nur aus dem möglichem Konfliktreichtum als Begleiter von fortschreitender Diversifizierung und Integration (klassisch dazu: El-Mafaalani 2018), sondern auch aus der Kontaktarmut im pluralen Zusammenleben ein wichtiger Bedarf für die Stadt und die PfD ergeben könnte. Aus solcher Kontaktarmut können sich auch Vorurteilsmuster entwickeln und verhärten – und zwar sowohl auf der Seite der Mehrheitsgesellschaft als auch in Minderheitengruppen. Selbstverständlich nehmen an den Angeboten der PfD Menschen, auch Kinder und Jugendliche, mit vielfältigen Herkunftsgeschichten teil. (Post-)Migrantische Perspektiven sind in der kommunalen Politik jedoch kaum repräsentiert und erfahren auch im Bündnis der PfD keinen merklichen Stellenwert. Teilhabe an gesellschaftlichen Angeboten kann zwar den Anspruch verfolgen, auch „farbenblind“ zu gelingen, d.h. ohne explizite Repräsentation und Berücksichtigung von Diversität und Vielfalt. Insbesondere im Kontrast zur großstädtischen Nachbarschaft in Hamburg erscheinen genuine Orte von migrantischen Communitys in Schenefeld jedoch kaum oder gar nicht vorhanden zu sein – einschlägige Cafés, Shisha-Bars und Treffpunkte, Moscheen oder andere Orte von Religionsgemeinschaften oder auch Kulturvereine und migrantische

Selbstorganisationen allgemeiner Art. Insofern ergeben sich bei der großen Vielfalt der Schenefelder Stadtgesellschaft zugleich Repräsentationslücken der vorhandenen Pluralität. Es ist eine offene Frage, inwiefern dieser Umstand Zugehörigkeitsgefühle beeinflusst.

Die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte und teilhabeorientierte Form der Vielfaltsgestaltung sind insofern lückenhaft: Es bestehen kaum institutionelle Andockpunkte, die Auskunft über Bedarfe im Feld der Vielfaltsgestaltung geben oder in das Bündnis der PfD eingeladen werden könnten. Hier könnten – ggf. altersgruppenspezifisch vermittelt über Jugendarbeit und Schulen – Ansätze zu einer Bedarfsklärung hilfreich sein. In Interviews haben sich Hinweise ergeben, dass in einer Schule in Schenefeld beispielsweise Schritte in Richtung des Titels „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gemacht wurden, dieser Prozess aber nicht zu Ende geführt wurde (I4). Die Entwicklung von Zugängen zur Ansprache und Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte steht in diesem Sinn auf der Agenda der PfD. Internationale Institutionen wie das Forschungszentrum XFEL könnten zumindest Wege zu einer Teilgruppe hochqualifizierter internationaler Professionals bieten. Auch eine gezielte Abstimmung mit einem interkulturell ausgewiesenen Träger aus dem Großraum könnte im Blick auf die weitere Entwicklung des Handlungsfeldes sinnvoll sein – bspw. vermittelt über die PfD aus Hamburg oder dem Schleswig-Holsteiner Umland.

Der übergeordnete Bedarf beinhaltet an dieser Stelle, Diversität und Vielfalt sichtbar zu machen und sie als Normalität und Ressource der Stadtgesellschaft zu kommunizieren. Im Zuge der Situationsanalyse sind vor allem Begegnungsformate wie interkulturelle Feste und insbesondere ein interkulturelles Essen oder Food-Festival als geeignete Maßnahmen genannt worden. Solche Maßnahmen können sich auf die von Gordon Allport entwickelte Kontakthypothese berufen: Das kooperative Verfolgen geteilter Ziele in einem Setting auf Augenhöhe und mit Unterstützung repräsentativer Instanzen kann zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Da derartige Maßnahmenformate zugleich in der Gefahr der Kommerzialisierung oder einer gewissen Altbackenheit gesehen wurden, sind innovative Zugänge interessant. Ein in einem Interview genanntes Muster, das im Kontext der Vielfaltsgestaltung aber offensichtlich nur in veränderter Form adaptiert werden könnte, ist das in Paris entstandene „Dîner en Blanc“, bei dem sich die Beteiligten einem feierlichen weißen Dresscode unterstellen, um gemeinsam im öffentlichen Raum zu picknicken (I4). Ein anderes Muster, das zudem die den Ort trennende Altonaer Chaussee temporär im wörtlichen Sinn in einen echten Begegnungsraum umwandeln würde, bietet ein Massenpicknick an einer kilometerlangen Tafel mit tausenden Tischen auf der gesperrten A40 im Rahmen des Kulturhauptstadtjahrs 2010 in NRW. Auch kleinere Umsetzungsformate wurden angesprochen – das Außengelände des JUKS bietet sich als kommunale Örtlichkeit an. Nachbarschaftsfeste im Schenefelder Siedlungsgebiet wurden im Rahmen der Fokusgruppen ebenfalls als Beispiele einer erfolgreichen Umsetzung mit interkulturellen Aspekten genannt. Als zentrales Ziel hat sich in den Diskussionen vor allem die aktive Beteiligung von Schenefelder*innen aus verschiedenen Ländern mit eigenen Beiträgen erwiesen. Als Ressource ist daher ein Kursangebot an der VHS Schenefeld bemerkenswert: Der Kurs „Frauen Kochen International“ wird 2026 in der Lehrküche des Schulzentrums Achter de Weiden als Abendveranstaltung umgesetzt.

Neben der Ansprache der Schenefelder Bevölkerung in ihrer ganzen Breite sind die überwiegend männlichen Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete eine weitere Zielgruppe für Kontakt- und Begegnungsangebote. Die Gemeinschaftsunterkunft ist – soweit das im Rahmen der Situationsanalyse rekonstruiert werden konnte – zwar in hohem Maße gesichert, aktuell aber kein Ziel von Übergriffen (I2). Die belastende Unterbringungs- und Aufenthaltssituation kann zugleich Spannungen und Konfliktpotenziale nach innen unter den Bewohnenden erzeugen. Die Moderation und Bearbeitung solcher Konstellationen können auch eine präventive Maßnahme im Blick auf eine Willkommenskultur der Stadtgesellschaft und Akzeptanz der Nachbarschaften darstellen. Hier sind insbesondere sportbezogene Zugänge ein bewährter Ansatz. Beispiele für integrative und kontaktorientierte Sportangebote für Geflüchtete und die

eingesessene Bevölkerung finden sich daher vielfach im überregionalen Kontext – bspw. im Angebotsspektrum der Berliner Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit (GSJ). Auch in Schenefeld bestehen Beispiele und Vorerfahrungen für integrative Sportveranstaltungen in Form von Fairplay-Fußballturnieren. Sie wurden in der Vergangenheit durch die Integrationslotsin des Sportvereins Blau-Weiß 96 organisiert. Der Sportverein nimmt Teil am durch den Deutschen Olympischen Sportbund getragenen „Programm Integration durch Sport" – hier bietet sich die Nutzung von Schnittstellen und Synergien zu „Demokratie leben!" und der Partnerschaft für Demokratie an.

6.4 FACHLICHKEIT ENTWICKELN – ERINNERUNGSKULTUR PFLEGEN

Ansätze zur Gestaltung von Vielfalt – und damit auch zur Prävention und Bekämpfung von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – setzen an zeitgenössischen Fragen des Zusammenlebens an und bauen auf die Überzeugungskraft lebensweltlicher Erfahrungen und Erlebnisse. Das Handlungsfeld der PfD besitzt zugleich eine historische und gesellschaftliche Tiefendimension, die auch in den programmatischen Festlegungen der Stadt Schenefeld explizit aufgerufen wird. Die Resolution gegen Rechtsextremismus des Stadtrats, die zur direkten Vorgeschichte der PfD zu rechnen ist, richtet sich daher explizit gegen die „Verherrlichung und Verklärung des Nationalsozialismus" und erinnert an den Untergang der „ersten[n] deutsche[n] Demokratie ... 1933" (Stadt Schenefeld 2024).

Die Integration solcher Dimensionen und Hintergründe des zeitgenössischen Umgangs mit Demokratie, Vielfalt und Extremismus begründet den Bedarf an einer weitergehenden fachlichen Vertiefung der Arbeit der PfD, ggf. auch an der Ausweitung ihres Angebotsspektrums von Begegnungs-, Kultur-, und Eventformaten in Richtung von Angeboten der historischen und politischen Bildung. Dieser Bedarf richtet sich keineswegs nur an die Schenefelder Stadtgesellschaft und Bevölkerung – sie bezieht sich auch auf Netzwerke und Bündnisse der PfD. Die PfD sollte als lernendes Projekt angelegt sein und auch das eigene Vorgehen fortlaufend reflektieren und qualifizieren. Über geeignete Formate sollten sich die Beteiligten ggf. durch Einbindung von externer Fachexpertise also selbst nicht nur als Umsetzende von Maßnahmen verstehen, sondern als fachliches Kompetenzzentrum, das aktuelle Debatten und Kontroversen im Handlungsfeld vor Ort repräsentiert, führt und verbreitet.

Bereits im Abschnitt zu den lokalen Ressourcen ist dargestellt worden, dass auch eine externe Beratung und Begleitung die PfD durch themenspezifisches Wissen und Kompetenzen unterstützen kann. Im Prozess des Aufbaus von Fachlichkeit und der strategischen Konsolidierung der PfD geht es dabei auch um die kritische Konfrontation mit blinden Flecken in der Wahrnehmung der lokalen Lebensrealitäten. Die Entscheidung über eine kontinuierliche professionelle externe Beratung und Begleitung wurde vom Bündnis vorerst zurückgestellt, zumal das neu gegründete Sprecher*innen-Team und das Bündnis in der Findungsphase andere Themen und Veranstaltungen Vorrang gegeben hatten. Außenperspektiven könnten jedoch weiterhin einen Beitrag zur produktiven Irritation und Öffnung der Wahrnehmungshorizonte der die PfD tragenden Netzwerke leisten. Dabei sollte auch die Befassung mit Erfahrungswelten von bisher nicht repräsentierten Perspektiven gefördert werden, die im Sinne der Prävention und Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als wichtige Säule in „Demokratie leben!" berücksichtigt werden sollen.

Im Lauf der Erhebung ist wiederholt Bedarf und Interesse an entsprechenden Fragen formuliert worden, auch jenseits von integrationspolitischen Themen im engeren Sinn. Es geht dabei um die Bekämpfung von Antisemitismus vor Ort (WS), um die Sichtbarmachung von queeren Lebensrealitäten (FG1), um die Repräsentation und Beteiligung post-migrantischer oder armutsgeprägter Lebenswelten (FG3), um die angemessene Wahrnehmung und Unterstützung von Menschen, die vor Ort selbst zum Ziel von Angriffen und Bedrohungen werden. Um diesen oftmals von Einzelstimmen formulierten Aspekten Nachdruck zu verleihen und Berücksichtigung

zu verschaffen, ist eine konstruktive Reflexion des Middle-Class-Bias des lokalen Bündnisses wichtig. Auch hier könnte eine externe Beratung hilfreich sein. Auch schwach repräsentierten Gruppen und Lebenswelten sollten gleichwertiger Teil eines demokratischen „Wir“ sein, das Schenefeld für sich reklamiert.

Perspektivenerweiterung und Aufbau von Fachlichkeit können dabei auch auf das Standing der PfD einzahlen, sich Themen anzunehmen, die kontrovers und umstritten sind, mitunter sogar im Fokus von Angriffen nicht nur, aber insbesondere der extremen Rechten stehen. Die Situationsanalyse gibt verschiedene Hinweise, dass die Ziele und Themen der PfD auch im gut geordneten Schenefeld durchaus mit Gegenwind und Abwehr zu rechnen haben, derzeit mit zunehmender Tendenz. Eine stabile Fachlichkeit und Professionalität sowie eine Vernetzung auch mit überregionalen Akteuren ist eine wichtige Voraussetzung, um in solchen Auseinandersetzungen konfliktfähig zu bleiben, im Sinne einer „wehrhaften Demokratie“ vor Ort Haltung zu zeigen.

Ansätze mit einer Nähe zum operativen Geschäft der PfD können themenspezifische Bündnissitzungen unter Einbeziehung externer Fachexpertise zur regionalen Lageanalyse sein bspw. zu aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus in Schleswig-Holstein, zu islamistischen Organisationen und Gruppierungen sowie Strömungen im Großraum Hamburg oder zu Antifeminismus und Queerfeindlichkeit als Brückenideologie im zeitgenössischen Rechtsextremismus. Angesichts des Ziels einer Verstärkung von Jugendbeteiligung und -engagement in Schenefeld sollten dabei auch alters- und generationsspezifische Aspekte berücksichtigt werden. Die Sondierung, inwieweit für themenbezogene Lesungen, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Filmscreenings etc. in Schenefeld ein größeres Publikum und ein öffentlicher Resonanzraum bestehen, liegt in der Verantwortung der PfD.

Neben der allgemeinen Öffentlichkeit ist auch die Ebene der Fachpraxis an Schulen, in der Jugend- und Sozialarbeit, in Vereinen oder der Feuerwehr sowie im Verwaltungsbereich in Rechnung zu stellen. Angebote der Kompetenzentwicklung und Qualifizierung im Handlungsfeld der PfD, insbesondere im Bereich der Vielfaltgestaltung und Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, können durch die Adressierung an Fachkräfte und Multiplikator*innen ihre Reichweite und Wirkung erhöhen. Wie skizziert, finden sich Vorerfahrungen und Ressourcen insbesondere im Personalkörper der Schenefelder Schulen.

Nicht zuletzt mit Blick auf den historischen Nationalsozialismus und Antisemitismus sind moderne Ansätze der historischen Bildung in einigen PfD integraler Teil der Angebote für Zielgruppen: Exkursionen zu Orten der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, Recherche- und Dokumentationsprojekte zur Lokalgeschichte (bspw. zu Zwangsarbeit) oder – zunehmend weniger – Dialogveranstaltungen mit Zeitzeug*innen und Überlebenden. Im Zuge der Situationsanalyse (I3, WG) sind Hinweise zu kritischen Aspekten und Ansatzpunkten vor Ort in Schenefeld gegeben worden, die hier als Impuls angeführt, aber nicht faktenbasiert überprüft werden können. Dazu gehört das unkommentierte Portrait eines nationalsozialistischen Bürgermeisters in der „Ahnengalerie“ im Schenefelder Rathaus oder erinnerungspolitische Leerstellen hinsichtlich der „Arisierung“ eines Teils des Schenefelder Siedlungsgebietes und der Biografie des jüdischen Eigentümers Leo Brummer sowie des Einsatzes von Zwangsarbeiter*innen in Schenefeld zur Zeit des Nationalsozialismus (vgl. sehr punktuell SHZ/Schleswig-Holsteinische Zeitung 2014; Hinz und Kunzt. Das Hamburger Straßenmagazin 2005).

Ein konkreter Ansatzpunkt könnte bspw. die Verlegung von sogenannten Stolpersteinen sein, die in Schenefeld bisher nicht verlegt wurden, in Pinneberg mittlerweile jedoch erprobter Ansatzpunkt für historisches Gedenken sind. In Pinneberg richtet sich das Gedenken neben jüdischen Menschen dabei auch auf politisch Verfolgte und Zwangsarbeiter*innen. Erste Recherchen von Projektgruppen des Gymnasiums Schenefeld nach NS-verfolgten Menschen jüdischen Glaubens aus Schenefeld sind allerdings ergebnislos geblieben. Kenntnisse über Zwangsarbeit in Schenefeld scheinen demgegenüber durchaus vorhanden und greifbar zu sein. Für eine

weitere Konkretisierung diesbezüglicher Projekte könnte eine Vernetzung der PfD mit lokalen Geschichtsvereinen, wie dem „Förderverein Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933-1945 e.V.“, oder dem „Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS)“, sinnvoll sein, bezogen auf Antisemitismus und die Geschichte jüdischen Lebens in Schenefeld auch ein Kontakt zu jüdischen Gemeinden in Pinneberg oder Hamburg.

6.5 AUSEINANDERSETZUNG MIT SCHUTZKONZEPTEN UND HANDLUNGSSICHERHEIT BEI DEMOKRATIEFEINDLICHEN VORFÄLLEN

Im bundesweiten Rahmen gewinnen der Aufbau kommunaler Resilienz, die vorausschauende Auseinandersetzung mit antidemokratischen Phänomenen und die Entwicklung institutioneller Schutzkonzepte an Bedeutung. Wie gesagt, finden sich entsprechend eskalierte Problemlagen in Schenefeld derzeit nur bedingt. Zugleich umfassen die Informationen und Daten zur politischen Stimmungslage allerdings verschiedene Hinweise, die Bedarf zumindest an einer vorausschauenden Sensibilisierung begründen. In Abhängigkeit von weiteren Entwicklungen können solche Schritte in Richtung Achtsamkeit ggf. auch die Entwicklung dezidierter Schutzkonzepte vorbereiten. Ein Aspekt umfasst hier zunächst die Sammlung und Dokumentation von Vorfällen im Bereich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung und deren Weitergabe an die landesweiten Dokumentationsstellen zebra und lida. Denkbar wären auch eine gezielte Ansprache und der Austausch mit von Übergriffen Betroffenen in der Stadt – bspw. der migrantisch geprägten Gastronomie –, um Wahrnehmungen jenseits des die PfD tragenden engagierten Bürgertums sichtbar zu machen und einzubeziehen. Im Blick auf die weitere Qualifizierung von PfD, Bündnis und Jugendforum und die Erhöhung des Informationsstandes über die überregionalen Angebote des Landesdemokratiezentrums in „Demokratie leben!“ könnten sich für die Sitzungen des Bündnisses auch eine Einladung und Berichterstattung der genannten landesweit tätigen Dokumentationsstellen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus anbieten. Sollten zukünftig entsprechende Vorfälle in Schenefeld zu verzeichnen sein, sollten Kommunalpolitik, PfD und Bündnis befähigt sein, angemessen zu reagieren. Kommunale Resilienz kann an dieser Stelle bedeuten, auch vorausschauend Hausordnungen und Konzepte zur Gewährleistung einer angemessenen Nutzung öffentlicher Räume für Veranstaltungen zu entwickeln. Die Satzungsänderung des lokalen Sportvereins Blau-Weiß 96 bietet dazu ein gültiges Beispiel guter Praxis. Auch bezogen auf solche vorausschauenden Fragestellungen bieten sich eine Kontaktaufnahme und ein Austausch mit überregionalen Strukturen wie dem Regionalen Beratungsteam Schleswig-Holstein an.

Die bereits eingangs dargestellte Festlegung der Stadt Schenefeld auf die Entwicklung einer demokratischen Alltagskultur umfasst das explizite Engagement „*gegen Rechtsextremismus“* und gegen die *„Feinde der Demokratie*“ (Stadt Schenefeld 2024). Damit geht die Wahrnehmung von Handlungsbedarf bei niedrigschwelligen Veränderungen der politischen Alltagskultur im Vorfeld von Angriffen und Übergriffen einher. Schutz und Entwicklung der Demokratie meint an dieser Stelle die Schaffung von Gegenpräsenzen gegenüber autoritären und antidemokratischen Auftritten im öffentlichen Raum. Im Rahmen des Werkstattgesprächs wurde als eine Maßnahme dazu die anlassbedingte Präsenz mit Ständen und Angeboten auf dem Marktplatz oder bei Festen genannt.

6.6 FESTIGUNG DER INTERSEKTORALEN KOOPERATION UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHER NETZWERKE

Neben der Frage des Bedarfs an Schutzkonzepten vor Ort stellt sich aus der Perspektive der bundeszentralen Programmentwicklung die Frage des Bedarfs an einer Stärkung der

intersektoralen Kooperation zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und ggf. auch Sicherheitsbehörden. Sicherheitsbehörden sind bisher nicht Teil der Bündnisarbeit der PfD in Schenefeld, diesbezügliche Bedarfe wurden im Rahmen der Situations- und Ressourcenanalyse allerdings auch nicht sichtbar. In Schenefeld existiert aber ein kriminalpräventiver Rat – der Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Schenefeld. Eine Vorstellung des Rats und polizeilicher Akteure im Bündnis bietet sich im Blick auf die Lageanalyse und Transparenz durchaus an. Berichtet wurde zudem von früheren Ansätzen zur Projektentwicklung mit dem kriminalpräventiven Rat (Mitternachtssport für Jugendliche), die allerdings aktuell nur bedingt anschlussfähig erscheinen (FG2).

Hinsichtlich der Kooperation von Verwaltung und Zivilgesellschaft ist Schenefeld – wie dargestellt – von dichten Kontaktnetzen durchzogen, die jedoch oftmals personenbezogen und nicht unbedingt weitergehend institutionalisiert sind. Möglicherweise auch begründet durch Selektivitäten der Erhebungen hat die Situations- und Ressourcenanalyse insbesondere die personenzentrierten Netzwerke der engagierten Bürgermeisterin als maßgeblich aufgewiesen. Im Sinne einer nachhaltigen, mittelfristig belastbaren und personenunabhängigen intersektoralen Kooperation hat das Bündnis für Demokratie – nicht zuletzt aufgrund seiner Gründung bereits vor und unabhängig von der PfD – gute Voraussetzungen, selbst eine wichtige Rolle als institutioneller Netzwerkknoten einzunehmen. Neben der Maßnahmenentwicklung ist die Entwicklung des Bündnisses zu einem zentralen Netzwerk des Austauschs zivilgesellschaftlicher Vereinigungen untereinander und mit Kommunalpolitik und Verwaltung in Schenefeld also ein zentraler Bedarf, dem die PfD Rechnung tragen sollte. Dazu gehört sehr grundlegend auch die Schaffung eines verlässlichen Überblicks über lokal engagierte Menschen und Akteure, um gezielt Unterstützung abfragen und auch Orientierung für andere Interessierte anbieten zu können. Ein entsprechendes Verzeichnis über Mitglieder des Bündnisses und andere Einrichtungen wäre gleichfalls eine potenziell hilfreiche Erweiterung der Webseite der PfD oder eine denkbare Rubrik für die 2026 gestartete Schenefeld-App. Über dieses Kerngeschäft hinausgehende Bedarfe hinsichtlich der Kooperation von Verwaltung und Zivilgesellschaft erscheinen derzeit nachrangig – mit Ausnahme der fachlichen Vernetzung mit überregional aktiven zivilgesellschaftlichen Akteuren mit einschlägigen Vorerfahrungen und Kompetenzen im Bereich der Demokratieförderung.

7 LITERATURVERZEICHNIS

Becker, Carlos; Kremeti, Eleni; Saßmannshausen, Jan; Schwall, Talisa (2024): Aktivierung für Demokratie in strukturschwachen Räumen. Raumtypologie, Praxis und Gelingensbedingungen der Engagementförderung. Hg. v. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Frankfurt am Main. Online verfügbar unter https://t1p.de/yzugp, zuletzt geprüft am 23.03.2026.

Bertelsmann Stiftung (o.J.): Wegweiser Kommune. Kommunale Daten für eine innovative Zukunft. Gütersloh. Online verfügbar unter https://www.wegweiser-kommune.de/, zuletzt geprüft am 06.05.2026.

Blau-Weiß 96 Schenefeld e.V. (2005/2024): Satzung. Schenefeld. Online verfügbar unter https://t1p.de/ofx5v, zuletzt geprüft am 22.06.2026.

El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. 2. Auflage. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Hinz und Kunzt. Das Hamburger Straßenmagazin (2005): Wohnen auf dem Pulverfass. Wo früher eine Munitionsfabrik war, ist heute eine friedliche Siedlung: Ortstermin in Schenefeld. Hamburg. Online verfügbar unter https://t1p.de/e9587, zuletzt geprüft am 10.06.2026.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hg.) (2025): Die Partnerschaften für Demokratie – Wirkungen, Entwicklungen, Herausforderungen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Kommune in der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ Berichtszeitraum: 01.01.2020 bis 31.12.2024. Frankfurt am Main. Online verfügbar unter https://t1p.de/od5xj, zuletzt geprüft am 23.03.2026.

Landkreis Pinneberg (o.J.a): Integrierte Sozialplanung im Kreis Pinneberg. Sozialbericht. Pinneberg. Online verfügbar unter https://www.fokus-pi.de/sozialberichte, zuletzt geprüft am 18.05.2026.

Landkreis Pinneberg (o.J.b): Planungsdossier Fokus 2025: Integrierte Sozialplanung im Kreis Pinneberg. Elmshorn. Online verfügbar unter https://www.fokus-pi.de/home, zuletzt geprüft am 06.05.2026.

Manthe, Rainald (2024a): Alltägliche Begegnungsorte der Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 74 (42). Online verfügbar unter https://t1p.de/ls53h, zuletzt geprüft am 26.05.2026.

Manthe, Rainald (2024b): Demokratie fehlt Begegnung. Über Alltagsorte des sozialen Zusammenhalts. Bielefeld.

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein (2026): Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein. Ausgaben 2018 bis 2024. Kiel. Online verfügbar unter https://t1p.de/gfxv0, zuletzt geprüft am 18.05.2026.

Rotary (o.J.): Club Demokratie leben. Online verfügbar unter https://t1p.de/87bxw, zuletzt geprüft am 22.06.2026.

Schleswig-Holsteinischer Landtag (2018 bis 2025): Kleine Anfragen von Landtagsabgeordneten der SPD (div.): Von der Polizei registrierte Straftaten im Bereich der „Politisch Motivierten Kriminalität – Rechts“ sowie Hassdelikte. Mehrere Anfragen im Zeitraum von 2018 bis 2025. Als Drucksachen verfügbar über das Landtagsinformationsystem Schleswig Holstein (LIS-SH). Kiel. Online verfügbar unter https://e-lissh.landtag.ltsh.de/portal/browse.tt.html, zuletzt geprüft am 12.06.2026.

Schröder, Carl Philipp (2026a): Fortschreibung der Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Ergebnisse einer Schülerinnen- und Schülerbefragung. Zusammenfassender Bericht, April 2026. Hg. v. Landespräventionsrat und Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein. Kiel. Online verfügbar unter https://t1p.de/kwyaq, zuletzt geprüft am 06.05.2026.

Schröder, Carl Philipp (2026b): Regionalanalyse zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 2025. Hg. v. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN). Hannover. Online verfügbar unter https://t1p.de/5fpdi, zuletzt geprüft am 06.05.2026.

SHZ/Schleswig-Holsteinische Zeitung (2014): „Schenefelder Zeitreise“ - Teil 4: Das dunkle Kapitel der Stadt. Online verfügbar unter https://archive.ph/lynIO, zuletzt geprüft am 10.06.2026.

Stadt Schenefeld (o.J.a): Übersicht: Schenefelder Vereine & Verbände. Schenefeld. Online verfügbar unter https://t1p.de/p9cgv, zuletzt geprüft am 22.06.2026.

Stadt Schenefeld (o.J.b): Webseite Typisch Schenefeld: Wahlergebnisse Schenefeld. Online verfügbar unter https://t1p.de/79uk9, zuletzt geprüft am 18.05.2026.

Stadt Schenefeld (2024): Resolution gegen Rechtsextremismus. Schenefeld. Online verfügbar unter https://t1p.de/s8ey4, zuletzt geprüft am 12.06.2026.

Stadt Schenefeld (2026): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schenefeld (ISEK Schenefeld 2040). Schenefeld. Online verfügbar unter https://t1p.de/2w7gb, zuletzt geprüft am 06.05.2026.

Stadt Schenefeld/ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH (2026): Wohnungsmarktkonzept Schenefeld Teilbaustein Wohnen. Haushaltebefragung. Schenefeld/Hamburg. Online verfügbar unter https://t1p.de/ttvro, zuletzt geprüft am 06.05.2026.

Stadt Schenefeld/BPW Stadtplanung (2026): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schenefeld 2040. Stadt-Dialog am 29. April 2026. Schenefeld/Bremen. Online verfügbar unter https://t1p.de/nzq9c, zuletzt geprüft am 05.06.2026.

Statistikamt Nord (o.J.): Webportal des Statischen Amtes Hamburg und Schleswig-Holstein. Hamburg/Kiel. Online verfügbar unter https://www.statistik-nord.de/, zuletzt geprüft am 06.05.2026.

ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe (o.J.): Landesweites Monitoring von zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe. Kiel. Online verfügbar unter https://www.zebraev.de/monitoring/, zuletzt geprüft am 18.05.2026.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico; Eden, Marco (Hg.) (2025): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Bonn.

CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG, PRAXISBEGLEITUNG UND FORSCHUNG IM SOZIALEN BEREICH GGMBH

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE